

Mehr
Anregungen zum
Thema ökonomische
Bildung

ZEITFUERDIESCHULE.DE/
OEKONOMIE

ZEIT  FÜR DIE SCHULE

INFLATION BEKÄMPFEN

UNTERRICHTSSEQUENZ
VOLKSWIRTSCHAFTLICHE MASSNAHMEN ZUR
BEKÄMPFUNG DER INFLATION
AUF DEM PRÜFSTAND

EINE ANALYSE UND BEWERTUNG FISKAL-
SOWIE GELDPOLITISCHER MASSNAHMEN
ZUR EINDÄMMUNG DER INFLATION

2022/23

Mit Unterstützung der:



Flossbach von Storch
STIFTUNG

www.flossbachvonstorch-stiftung.de

Inflation bekämpfen

Unterrichtssequenz: »Volkswirtschaftliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation auf dem Prüfstand«

Eine Analyse und Bewertung fiskal- sowie geldpolitischer Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation

Einleitung	3
Didaktisch-methodischer Kommentar	5
Stundenverlaufsraaster	7
Unterrichtseinheit I: Geldpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation	
Arbeitsblatt 1: Hilfe, die Inflation ist da	10
Arbeitsblatt 2: Die EZB als Hüterin des Euro	11
Arbeitsblatt 3: Leitzinspolitik als zentrales geldpolitisches Instrumentarium der EZB	14
Arbeitsblatt 4: Das Anleihenkaufprogramm als zentrales geldpolitisches Instrumentarium der EZB	16
Unterrichtseinheit II: Fiskalpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation	
Arbeitsblatt 5: Wer kann wie die Inflation sinnvoll bekämpfen?	18
Arbeitsblatt 6: Entlastungspaket auf dem Prüfstand I	20
Arbeitsblatt 7: Entlastungspaket auf dem Prüfstand II	21
Arbeitsblatt 8: Das dritte Entlastungspaket in der Diskussion	22
Unterrichtseinheit III: Die Gaspreisbremse auf dem ökonomischen Prüfstand	
Arbeitsblatt 9: Die Gaspreisbremse	24
Arbeitsblatt 10: Ökonomische Lösungen für die Energiekrise	27
Arbeitsblatt 11: Kategorien ökonomischer Anreizstrukturen	29
Differenzierungs- und Vertiefungsangebot	
Arbeitsblatt 12: Ein »Nudge« zur Energieeinsparung	31
Arbeitsblatt 13: Das erste und zweite Entlastungspaket auf dem Prüfstand	32
Arbeitsblatt 14: Die Finanzierungsproblematik der Entlastungspakete	34
Bushaltestelle (Treffpunkt)	35
Anhang: Erwartungshorizont	36
Impressum	44

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DER INFLATION AUF DEM PRÜFSTAND

Eine Analyse und Bewertung fiskal- sowie geldpolitischer Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation

Mit welchen volkswirtschaftlichen Maßnahmen lässt sich die gegenwärtige Inflation bekämpfen?

Die vorliegende Unterrichtssequenz thematisiert die Chancen und Grenzen geld- und fiskalpolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung bzw. Abmilderung der volkswirtschaftlichen Folgen der gegenwärtigen Inflation.

Für die Entstehung einer Inflation spielt besonders die Geldmenge in der Volkswirtschaft eine zentrale Rolle. Steht der gesamtwirtschaftlichen Gütermenge eine zu große Geldmenge gegenüber (Aufblähung der Geldmenge), ist eine Bedingung für die Inflation gegeben. Die Inflation, eine allgemeine Preissteigerung von Waren und Dienstleistungen, führt zunächst einmal dazu, dass die Bürger*innen weniger Kaufkraft haben. Laut dem Statistischen Bundesamt lag die Inflation gemäß des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) 2022 bei durchschnittlich 7,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr und war damit so hoch wie seit 70 Jahren nicht mehr. Monika Schnitzer, Vorsitzende der Wirtschaftsweisen, prognostiziert, dass die Inflation in dieser Form aufgrund von Zweitrundeneffekten mindestens noch bis ins Jahr 2024 reichen wird, da Unternehmen die höheren Kosten über weitere Preissteigerungen weitergeben werden.

Die gegenwärtige Inflation hat angebots- und nachfrageseitige Ursachen. Die nachfragebedingten Inflationsursachen auf der einen Seite sind vor allem auf den gesamtwirtschaftlichen Nachfrageanstieg zurückzuführen, welcher sich nach der Rückführung vieler Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie entwickelte. Die expansive Fiskal- (schuldenfinanzierte Hilfsprogramme im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie) und Geldpolitik (geringer Leitzins sowie enorme Wertpapierkäufe) haben durch die Politik des billigen Geldes den Anstieg der aggregierten Nachfrage zusätzlich verstärkt. Die wurde auf der anderen Seite angebotsseitig von Lieferengpässen und Lieferkettenproblemen (auch durch die »Zero-Covid«-Politik in China) befeuert. Zuletzt kam es im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zu einer Verknappung des Angebots und damit einer Verteuerung der Energie- und Lebensmittelpreise, welche sich ebenfalls stark auf die Erhöhung des HVPI ausgewirkt hat.

Der Schlüssel zur Bekämpfung der Inflation liegt in erster Linie bei der Europäischen Zentralbank (kurz: EZB). Sie ist die Hüterin der Währung und besitzt das hoheitliche Geldausgabemonopol, womit sie die Geldmenge im Euro-Raum steuert. Laut Gesetz gilt: »Nach Artikel 127 Absatz 1 und Artikel 282 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist es das vorrangige Ziel des Europäischen Systems der Zentralbanken, die Preisstabilität zu gewährleisten.« In der Praxis haben die EZB und Politik für sich 2 Prozent Inflation als »Stabilität« der Preise/Währung definiert. Der EZB stehen dabei zahlreiche geldpolitische Instrumente zur Inflationsbekämpfung zur Verfügung. Zwei instrumentelle Entscheidungen sind dabei besonders hervorzuheben: 1. die Einstellung der seit 2015 laufenden expansiven Wertpapierkäufe (»Quantitative Easing«) und 2. die Leitzinserhöhung. Beide Maßnahmen beeinflussen in besonderer Weise die Geldmenge im Euroraum. Die besondere Herausforderung bei der gegenwärtigen Inflation: Die EZB muss die Folgen eines negativen Angebotsschocks abmildern. Kritiker wie Marcel Fratzscher, Präsident des DIW, beanstanden, dass sich eine überwiegend importierte Inflation einer direkten geldpolitischen Steuerung entziehe. Andere, wie der ehemalige Wirtschaftsweisen Volker Wieland, sind der Meinung, dass Kaufkraftverluste immer eine monetäre Dimension hätten und die Geldpolitik, unabhängig von den Ursachen einer Inflation, einen starken Hebel zur Bekämpfung der Inflation darstelle.

Neben dem geldpolitischen Instrumentarium der EZB können auch die Nationalstaaten mit Hilfsprogrammen die Auswirkungen der Inflation bekämpfen. Aber auch staatliche Maßnahmen sind zur kurzfristigen Bekämpfung der Inflation differenziert zu betrachten. Der Staat kann damit bedürftige und unverschuldet in Not geratene Wirtschaftsakteur*innen kurzfristig finanziell unterstützen und sie durch die Krise begleiten. Dabei kann es allerdings bei schuldenfinanzierten Hilfsprogrammen nicht nur zu einer Überschuldung der Staaten, sondern auch zu einer Verstärkung der ohnehin schon vorliegenden Inflation kommen. Wenn eine erhöhte Geldmenge einem begrenzten Angebot gegenübersteht, können die Preise und damit die Inflation weiter ansteigen.

Eine generelle Rezeptur bzw. Blaupause zur Bewältigung der Krise gibt es entsprechend allein schon deswegen nicht, weil diese immer auch stark von der aktuellen gesellschafts- und fiskalpolitischen Gesamtsituation und den spezifischen Inflationsursachen abhängig ist. Darüber hinaus stellen sich auch stets Fragen zur allgemeinen Finanzierung sowie der Wirksamkeit und Zielgenauigkeit der zu treffenden volkswirtschaftlichen Maßnahmen, also ob die finanziellen Hilfen auch dort ankommen, wo sie gebraucht werden (Vermeidung des »Gießkannenprinzips«).

Der Staat hat zur Bekämpfung der Energiepreiskrise bisher drei Entlastungspakete im Wert von knapp 300 Mrd. Euro (Sondervermögen = Schulden) verabschiedet, die gemeinsam einen umfassenden Abwehrschirm darstellen, welcher die steigenden Energiekosten und die schwersten Folgen für Verbraucher*innen sowie Unternehmen abfedern sollen. Die volkswirtschaftliche Gesamtsituation in Zeiten der hohen Inflation ist dabei besonders sensibel. Gewerkschaften fordern als Inflationsausgleich oft und zunächst auch nachvollziehbar die Durchsetzung höherer Löhne, was jedoch zu einer Lohn-Preis-Spirale und zu Zweit- und Drittrundeneffekten führen kann. Die Unternehmen geben die dadurch steigenden Kosten über die Preise an die Verbraucher*innen weiter, was die Inflation zusätzlich verstärken (Lohnkosteninflation) und zu einer »Stagflation« führen kann. Ebenso könnte sich eine steuer- und schuldenfinanzierte Interventionspolitik zu einer Kostensteuereinflation entwickeln. Diese unerwünschten Nebeneffekte gilt es unbedingt zu vermeiden.

Didaktisch-methodischer Kommentar

Zur Bearbeitung dieser Unterrichtseinheit (UE) werden Kenntnisse zu den makroökonomischen Zusammenhängen der Inflation (Merkmale, Berechnung, Ursachen und Folgen) vorausgesetzt. Zu diesem Thema gibt es bereits eine eigene Unterrichtseinheit (siehe QR-Code).

Diese UE beschäftigt sich mit den volkswirtschaftlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation. Sie fußt dabei auf zwei Säulen. Die erste Säule (Arbeitsblätter 1-4, kurz AB) thematisiert mit der Leitzinspolitik und der Beendigung der Anleihenkaufprogramme zwei zentrale Instrumente der Geldpolitik. Die zweite Säule (AB 5-11) stellt die staatlichen Maßnahmen in den Vordergrund. Hier werden vor allem die Entlastungspakete, aber auch die sogenannte Gaspreisbremse kritisch analysiert und vor dem Hintergrund der Instrumente der Wirtschaftspolitik eingeordnet und bewertet. In beiden Fällen geht es darum, die Chancen und Grenzen der oben genannten geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen vor dem Hintergrund der ökonomischen Theorien zu diskutieren.

Der assoziative Einstieg in die **erste Unterrichtseinheit** soll die SuS nicht nur zu einem Problembewusstsein hinführen, sondern sie auch dazu motivieren, ihr Vorwissen und eigene Erfahrungen zu den Folgen sowie zu möglichen Instrumenten/Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation einzubringen. Dabei kann die Lehrkraft das AB2 »Die EZB als Hüterin des Euro« auch als vorbereitende Hausaufgabe zur Stunde einsetzen, um die Doppelstunde zeitlich zu entlasten und mehr Zeit für den Austausch bzw. die anschließende Diskussion zu erhalten.

Besonders leistungsstarke bzw. interessierte SuS, welche mit AB 1 früher fertig sind als ihre Mitschüler*innen, haben die Möglichkeit, auch wesentliche Maßnahmen des ersten und zweiten Entlastungspaketes in die Gesamtbewertung einfließen zu lassen. Idealerweise präsentieren die Lernenden ihre Erkenntnisse aus den Differenzierungsaufgaben in der Plenumsphase der gesamten Lerngruppe. Weitere Hinweise zur inneren Differenzierung befinden sich im Infokasten.

In der **zweiten Unterrichtseinheit**, welche ebenfalls ca. 90 Minuten in Anspruch nimmt, präsentieren die SuS zunächst ihre Ergebnisse der Hausaufgabe, die zur Festigung der Inhalte aus der ersten Sequenz dienen. Im Anschluss soll mit einer beispielhaften Berechnung der Mehrbelastung durch den Gaspreisanstieg die Bedeutung der Gaspreisbremse herausgestellt werden. Dabei sollte auch deutlich werden, dass die bisherigen Entlastungsmaßnahmen fast ausschließlich an private Haushalte adressiert sind und in Not geratene Unternehmen bisher kaum in den Blick genommen wurden. In der Austauschphase diskutieren die SuS, inwiefern die vorgeschlagene Gaspreisbremse zielgenau und gerecht ist. Leistungsstarke SuS entwickeln alternative Entlastungen (Obergrenzen bei höheren Einkommensklassen oder noch stärkere degressive Entlastungssätze für private Haushalte).

Die **dritte Unterrichtseinheit** nimmt noch einmal die Gaspreisbremse in den Blick. Hier geht es darum, die Ausgestaltung der Gaspreisbremse einer ökonomischen Analyse zu unterziehen, die auf eine Diskussion und Bewertung der politischen Maßnahmen vor dem Hintergrund der Instrumente der Wirtschaftspolitik abzielt.

Hinweise zur Differenzierung

Lerntempo

Um den unterschiedlichen Lerntempi der Lerngruppe gerecht zu werden, empfiehlt sich in der Grundlagensequenz die Methode »Bushaltestelle«. Für die Methode sollte vorab an einer Stelle im Klassenraum ein gut zugänglicher Treffpunkt mit der Abbildung eines Bushaltestellenschildes eingerichtet werden. Die Lernenden bearbeiten jeweils in Einzelarbeit eine Aufgabe. Wer diese erledigt hat, geht zum Treffpunkt im Klassenraum (»Haltestelle«) und wartet dort, bis jemand weiteres die Aufgabe beendet hat. Dann folgt ein Austausch beziehungsweise eine Kontrolle in Partnerarbeit. Und zwar an freien Plätzen im Klassenzimmer oder im Stehen. Nachdem die Lernenden in Duos zusammengefunden haben, bearbeiten sie die weiterführenden Aufgaben.

»Schleichende Geldentwertung – Was geht mich das an?«

Unterrichtseinheit als Download auf www.zeitfuerdieschule.de



Kompetenzziele

Schüler*innen ...

- ... **geben** mit eigenen Worten die ökonomische Dimension der Inflation für eine Volkswirtschaft am Beispiel von privaten Haushalten und Unternehmen **wieder**.
- ... **erläutern** die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Interventionspolitik in Zeiten der gegenwärtigen Inflation.
- ... **analysieren** zwei beispielhafte geldpolitische Instrumente zur Bekämpfung der gegenwärtigen Inflation.
- ... **erläutern** in gleicher Weise die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Interventionspolitik.
- ... **analysieren** die Entlastungspakete der Bundesregierung hinsichtlich ihrer Profiteure und des Nutzens.
- ... **erläutern und problematisieren** die ökonomische Grundidee der Gaspreisbremse vor dem Hintergrund der Instrumente der Wirtschaftspolitik.

Weiterführende Literatur

Informationen der Bundesregierung zu den Entlastungspaketen 2022

www.bundesregierung.de/breg-de/themen/entlastung-fuer-deutschland
(Stand: 13.01.2022)

Hinweise zur geldpolitischen Wende der EZB vor dem Hintergrund der aktuellen Inflation

www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2022/heft/6/beitrag/die-ezb-muss-die-inflation-glaubwuerdiger-bekaempfen.html
(Stand: 02.01.2023)

Geldpolitik der EZB im Zielkonflikt

www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2022/heft/12/beitrag/geldpolitik-im-zielkonflikt.html
(Stand: 05.01.2023)

Stundenverlaufsrastrer

Unterrichtseinheit I (ca. 90 Minuten)

Phase	Zeit (in Min.)	Aktionen der Lehrkraft	Aktionen der SuS	Sozialform/ Material
Einstieg	ca. 10	L bittet die SuS, die Äußerungen der Akteur*innen vorzulesen und daran die Dimensionen der gegenwärtigen Inflation zu erläutern. Bei der Hypothesenbildung kann L auch auf die aktuelle Nachrichtenlage verweisen.	Die SuS erläutern mit eigenen Worten und ggf. auf Basis eigener Erfahrungswerte die Dimensionen der Inflation für unterschiedliche Wirtschaftsakteur*innen und stellen auf Basis von AB 1 Hypothesen bzw. Vermutungen auf, wie die Inflation sinnvoll zu bekämpfen ist.	<ul style="list-style-type: none"> • AB 1 • Plenum
Erarbeitung I	ca. 15	L bietet den SuS Raum für mögliche Rückfragen und moderiert den Übergang zu der Erarbeitungsphase. L kann das AB 2 auch als vorbereitende Hausaufgabe austeilen.	Die SuS erarbeiten die Grundlagen der EZB, zuvor problematisieren sie die Inflationsentwicklung der letzten 22 Jahre.	<ul style="list-style-type: none"> • AB 2 • Einzelarbeit (ggf. Partnerarbeit)
Sicherung I	ca. 10–15	L sichert die wichtigsten Zusammenhänge in Form eines Tafelbildes/Steckbriefs zur EZB.	Die SuS erläutern mit eigenen Worten, dass die steigende Inflation zu Kaufkraft- und Wohlstandsverlusten führen und Ersparnisse zurückgehen können.	<ul style="list-style-type: none"> • AB 2 • Tafelbild • Smartboard
Überleitung	ca. 5	L greift die Hypothesen auf, formuliert für die sich anschließende Erarbeitung die Leitfrage, inwiefern die EZB die Inflation wirksam bekämpfen kann.		<ul style="list-style-type: none"> • AB 3-4 • Smartboard
Erarbeitung II	ca. 25	L teilt das AB 3 und 4 aus und begleitet die SuS ggf. unterstützend bei der Erarbeitung.	Die SuS erarbeiten in Arbeitsteilung AB 3 und AB 4. Es bietet sich hier auch eine kooperative Lernform an, bei der die eigenen Ergebnisse vor dem Austausch mit einer*M Mitschüler*in verglichen, ergänzt bzw. korrigiert werden können.	<ul style="list-style-type: none"> • AB 3-4 • Einzel- und Partnerarbeit • ggf. Recherche
Sicherung II	ca. 10	L hält die Ergebnisse systematisch an der Tafel fest (siehe Tafelbild).	Die SuS präsentieren ihre Ergebnisse an der Tafel und ergänzen bzw. korrigieren sich ggf. gegenseitig.	<ul style="list-style-type: none"> • Tafel • Tafelbild • Smartboard
Diskussion	ca. 15	L greift die Leitfrage auf und fragt, inwiefern die EZB die aktuelle Inflation sinnvoll bekämpfen kann.	Die SuS diskutieren die Leitfrage und wägen zwischen Chancen und Grenzen der beiden geldpolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation ab.	<ul style="list-style-type: none"> • AB 2-4 • Plenum
Hausaufgabe		L fordert eine schriftliche Stellungnahme zur oben genannten Fragestellung.	Die SuS nehmen auf Basis ihrer Ergebnisse schriftlich Stellung zur genannten Fragestellung.	

Unterrichtseinheit II (ca. 90 Minuten)

Phase	Zeit (in Min.)	Aktionen der Lehrkraft	Aktionen der SuS	Sozialform/ Material
Rückgriff auf die letzte Stunde	ca. 15	L bespricht mit den SuS die HA und leitet dann von den geldpolitischen zu den fiskalpolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation über.	Die SuS präsentieren ihre HA und positionieren sich auf Basis der ökonomischen Geldtheorie abschließend zu den Chancen und Grenzen der Leitzinspolitik sowie der Anleihenkaufprogramme zur Bekämpfung der Inflation.	<ul style="list-style-type: none"> • Hausaufgabe • Plenum
Überleitung/ Einstieg	ca. 15	L greift die noch offenen, unbesprochenen Hypothesen auf, die auf Basis von AB 1 entwickelt wurden, und zeigt anschließend die Karikatur »Ampel präsentiert das Entlastungspaket«.	Die SuS beschreiben und interpretieren die Karikatur. Sie formulieren die Leitfrage, inwiefern die sog. Entlastungspakete tatsächlich eine echte Entlastung darstellen (in diesem Fall für Rentner*innen, als Symbolbild für weitere unverschuldet in Not geratene Wirtschaftsbürger*innen).	<ul style="list-style-type: none"> • Karikatur M 4 • Smartboard • Einzelarbeit • ggf. Partnerarbeit
Überleitung	ca. 5	L notiert die Leitfrage zentral an der Tafel.	Die SuS haben Raum noch offene Fragen zu stellen.	
Erarbeitung	ca. 20	L teilt das AB aus und begleitet die SuS ggf. unterstützend bei der Erarbeitung.	Die SuS erarbeiten kooperativ, in Form einer positiven Abhängigkeit, ausgewählte Maßnahmen des dritten Entlastungspaketes der Bundesregierung.	<ul style="list-style-type: none"> • AB 7 • Einzel- und Partnerarbeit • ggf. Recherche
Sicherung	ca. 15	L sichert die Ergebnisse an der Tafel.	Die SuS präsentieren ihre Ergebnisse an der Tafel und ergänzen bzw. korrigieren sich ggf. gegenseitig.	<ul style="list-style-type: none"> • Tafel • Tafelbild • Smartboard
Diskussion	ca. 15	L moderiert die Diskussion und lässt anschließend den Wahrheitsgehalt der Kernaussage des Karikaturisten diskutieren. Er öffnet anschließend die Diskussion für weitere bedürftige Akteur*innen (Alleinerziehende, Studierende, Unternehmer*innen etc.).	Die SuS diskutieren, inwiefern Rentner*innen vom dritten Entlastungspaket über- oder unterdurchschnittlich profitieren. Sie beziehen dabei auch den kurz- bzw. längerfristigen Nutzen der getroffenen Maßnahmen mit ein. Sie greifen dabei auch auf die selbst formulierten Kriterien (vgl. AB 2) zurück.	<ul style="list-style-type: none"> • Plenum
Hausaufgabe		L teilt zur Nachbereitung das AB 8 aus, welches das dritte Entlastungspaket kritisch unter die Lupe nimmt.	Die SuS beantworten die Aufgaben des AB 8 und bereiten sich auf die Präsentation ihrer Ergebnisse im Plenum vor.	<ul style="list-style-type: none"> • AB 8

Unterrichtseinheit III (ca. 90 Minuten)

Phase	Zeit (in Min.)	Aktionen der Lehrkraft	Aktionen der SuS	Sozialform/ Material
Einstieg	ca. 10	L bespricht mit den SuS die HA.	Die SuS präsentieren ihre HA und klären ggf. noch offene Fragen.	<ul style="list-style-type: none"> • AB 8 • Smartboard • Plenum
Überleitung	ca. 5	L projiziert die Graphik »Entwicklung der Gaspreise« an die Tafel und problematisiert diese im Plenum.	Die SuS führen sich mit der Berechnung der Mehrbelastung für private Haushalte vor Augen, wie diese allein durch den Anstieg des Gaspreises steigen.	<ul style="list-style-type: none"> • Smartboard • Plenum
Erarbeitung I	ca. 25	L teilt das AB 9 aus und lässt die SuS die Aufgaben paraphrasieren und klärt ggf. Rückfragen.	Die SuS bearbeiten die Arbeitsaufträge ggf. in Partnerarbeit. Hier kann der »Haltestelle Treffpunkt« auch in der Form genutzt werden, dass u.a. leistungsstarke SuS Fragen ihrer Mitschüler*innen beantworten.	<ul style="list-style-type: none"> • AB 9 • vorzugsweise Einzelarbeit • Haltestelle
Sicherung	ca. 15	L sichert die Ergebnisse an der Tafel und bringt vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Entlastungen auch alternative Umgangsweisen mit der Preisbremse ins Spiel (degressive Entlastung oder Obergrenzen).	Die SuS präsentieren und diskutieren ihre Ergebnisse, inwiefern die vorgeschlagene Gaspreisbremse gerecht ist. Sie skizzieren bspw. durch Entlastungsobergrenzen oder durch degressivere Entlastungssätze mögliche Alternativen zur Gaspreisbremse.	<ul style="list-style-type: none"> • AB 9 • Tafel • Smartboard
Vertiefung	ca. 20	L teilt das AB 10 aus und unterstreicht mit eigenen Worten, warum nun die ökonomische Analyse der Gaspreisbremse relevant ist.	Die SuS erarbeiten in Einzel- oder Partnerarbeit (Mitbestimmung) die Aufgaben und tauschen sich in einer Murnelphase 5 Minuten über ihre Ergebnisse aus.	<ul style="list-style-type: none"> • AB 10 • Einzel- oder Partnerarbeit
Diskussion	ca. 10	L sichert die Ergebnisse der SuS an der Tafel und gibt ggf. Beispiele für Nudging im Alltag.	Die SuS präsentieren ihre Ergebnisse und diskutieren den ökonomischen Wert von Nudging. Die SuS ergänzen Nudges aus ihrem Lebensalltag.	<ul style="list-style-type: none"> • Plenum
Besprechung der Hausaufgabe	ca. 5	L teilt AB 11 an die SuS als HA aus, welches als Anwendung des Gelernten dient.	Die SuS bearbeiten das AB 11 und präsentieren ihre Ergebnisse in der nächsten Unterrichtsstunde.	<ul style="list-style-type: none"> • AB 11

Arbeitsblatt 1: **Hilfe, die Inflation ist da****M 1: Folgen der Inflation****Franco Rossi (Gastronom)**

»Aktuell zahle ich 6.800 Euro statt wie sonst üblich 1.100 Euro für Strom. Für Gas statt 3.800 Euro nun 11.850 Euro. Ich bin verzweifelt, weil ich mein Restaurant nicht mehr profitabel führen kann. Ohne Hilfe muss ich bald Insolvenz anmelden.«

**Fabian de Graaff
(Geschäftsführer einer Glaserei)**

»Die Glasschmelze beansprucht enorme Energie, die Energiekosten haben sich nun verzehnfacht. Das ist ein Marktversagen, das unbedingt korrigiert werden muss. Von unseren Produkten hängen auch andere Branchen ab, viele Arbeitsplätze sind bedroht.«

Inflation**Fynn Teubert (Familienvater)**

»Wir haben enorme Abschlagskosten für unser Eigenheim, die wir angesichts der allgemeinen Preissteigerung kaum noch leisten können. Ich habe Zukunftsängste.«

Saskia Schelling (Rentnerin)

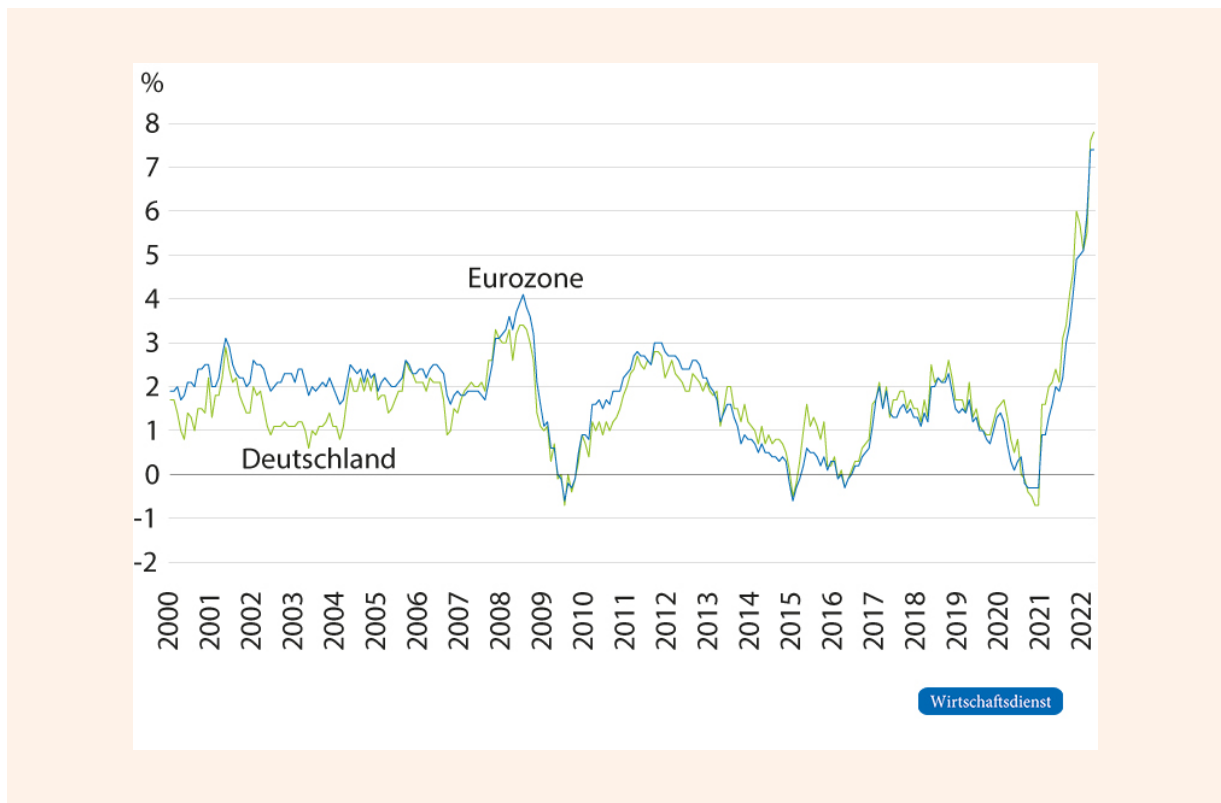
»Die Verteuerung der Lebensmittel, Kraftstoffe und Energie führt schon jetzt dazu, dass meine Rente nicht mehr ausreicht. Ohne Unterstützung schaffe ich es einfach nicht mehr.«



Abbildungen: www.istockphoto.com – JohnnyGreig, Morsa Images, Marisa9, Timofey Zadvornov, bubaone

Arbeitsaufträge

- Erläutern Sie** mit eigenen Worten die Dimension/Folgen der gegenwärtigen Inflation für private Haushalte und Unternehmen.
- Die oben genannten Akteur*innen fordern Unterstützung vom Staat. **Stellen Sie begründete Vermutungen auf**, welche Institutionen die Inflation wie bekämpfen könnten.

Arbeitsblatt 2: **Die EZB als Hüterin des Euro****M 2: Inflationsrate in Deutschland und
in den 27 Ländern der Europäischen Union**

Quelle:
www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2022/heft/6/beitrag/die-ezb-muss-die-inflation-glaubwuerdiger-bekaempfen.html
(Stand: 07.01.2023)

M 3: Was ist die Aufgabe der Europäischen Zentralbank

Eine stabile Preispolitik im Euroraum ist die vorrangige Aufgabe der Europäischen Zentralbank (EZB). Obwohl sie formal den Status eines EU-Organs innehat, ist sie doch unabhängig und verfügt über einen separaten Haushalt. [...] Der Europäischen Zentralbank obliegt die Aufgabe, die Geldpolitik nicht nur eines Landes, sondern einer Staatengemeinschaft zu führen. Um die Stabilität in der Eurozone zu wahren, soll

insbesondere der Wert des Euro auf einem gleichbleibenden Niveau gehalten werden. Darüber hinaus steht eine ausgeglichene konjunkturelle Entwicklung im Fokus der Aktivitäten. So soll eine Rezession, ein Abschwung der Wirtschaft, verhindert werden. Beide Ziele – die Stabilität des Euro und eine positive Konjunktur – regelt die EZB durch ihre geldpolitischen Instrumente.



Inflation und Deflation

Die Hauptaufgabe der EZB ist die Sicherung der Preisstabilität im Euroraum. Zu diesem Zweck hat sie sich das Ziel gesetzt, die Inflationsrate auf einem gesunden Niveau von 2 Prozent zu halten. Steigt die Inflationsrate überproportional an, spricht man von einer Hyperinflation. Solch eine Hyperinflation ist für das Wirtschaftswachstum genauso schädlich wie eine Deflation. Eine Deflation ist eine negative Inflation, bei der es am Markt mehr Angebot als Nachfrage gibt und die Preise fallen.

Quelle:
www.merkur.de/wirtschaft/europaeische-zentralbank-ezb-praesidentin-aufgaben-gruendung-alle-infos-91566804.html
(Stand: 07.01.2023, leicht geändert)

Abbildung:
© istockphoto.com – criticalxd

M 4: Aufbau der EZB

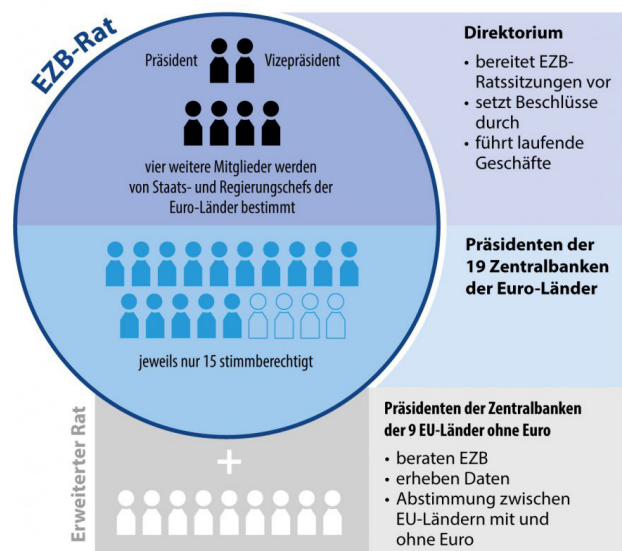
Die EZB und die nationalen Zentralbanken der 19 Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion, wie zum Beispiel die Deutsche Bundesbank, bilden das Eurosystem, das die gemeinsame Geldpolitik der Euroländer durchführt. [...] Das wichtigste Gremium und oberste Beschlussorgan der EZB ist der EZB-Rat. [...] Als Geldpolitik bezeichnet man die Maßnahmen, die von einer Zentralbank ergriffen werden, um ihre geldpolitischen Ziele zu erreichen: im Fall der EZB also ihre

Maßnahmen zur Gewährleistung von Preisstabilität. Die EZB kann die Preise nicht direkt beeinflussen, sondern sie macht das indirekt über die Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die sich unter anderem aus dem Konsum der privaten Haushalte und den Investitionen der Unternehmen zusammensetzt. Die bedeutendste geldpolitische Geldsteuerung erfolgt über das Zinsniveau in einer Volkswirtschaft.

Quelle:
www.ecb.europa.eu/ecb/html/index.de.html
 (Stand: 13.01.2023)

M 5: Der EZB-Rat

Er ist das wichtigste Beschlussorgan der EZB und legt die Leitlinien für die Geldpolitik des Euroraums fest.



Grafik:
<https://ednh.news/de/maechtige-zentralbank-in-unruhigen-zeiten-20-jahre-ezb>
 (Stand: 07.01.2023)

Arbeitsaufträge

- Beschreiben und problematisieren** Sie auf Basis von M2 die Entwicklung der Inflationsraten.
- Erläutern** Sie auf Basis von M3 bis M5 Aufbau, Aufgaben und Ziele der EZB.

Arbeitsblatt 3: **Leitzinspolitik als zentrales geldpolitisches Instrumentarium der EZB**

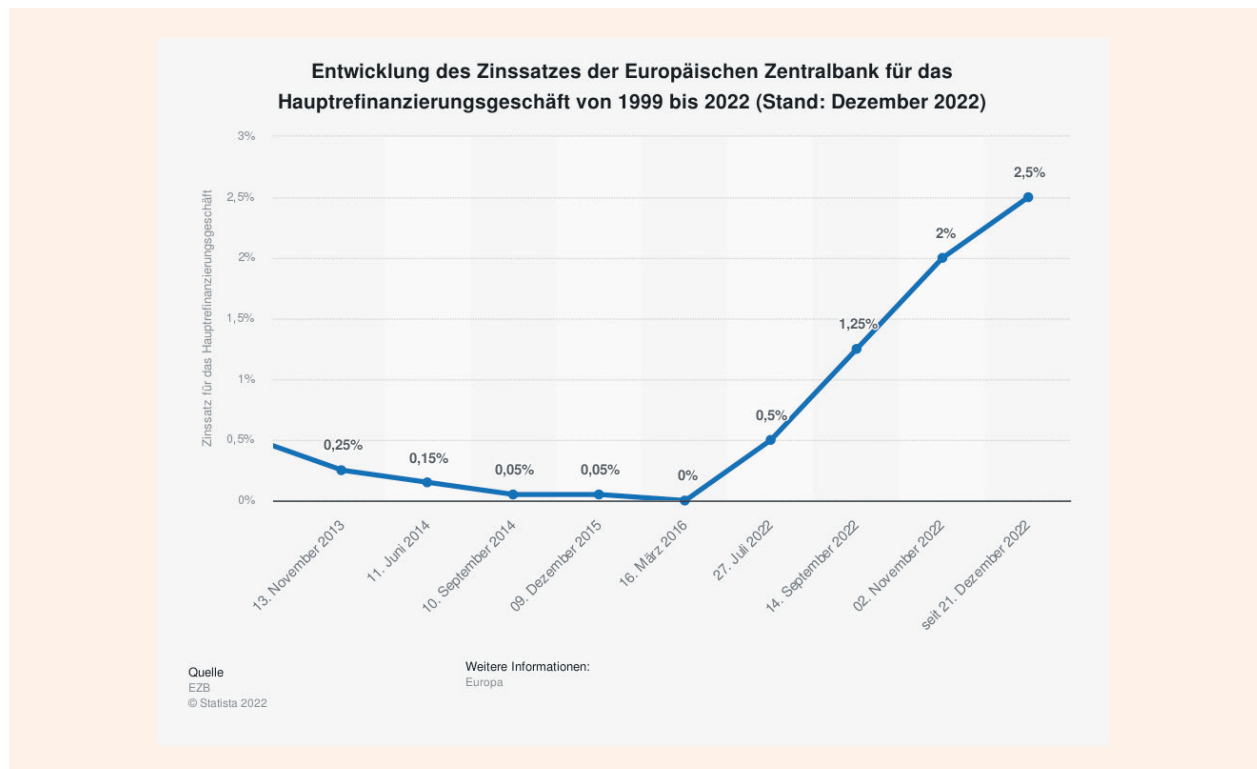
M 6: Das geldpolitische Instrumentarium der EZB

Zur Erreichung der Preisniveaustabilität stehen der EZB zahlreiche geldpolitische Instrumente zur Verfügung, mit denen sie die Geldmenge bzw. die Finanzierungsbedingungen für Menschen, Unternehmen und Länder im Euroraum beeinflussen können. Das wichtigste Instrument ist der sogenannte Leitzins. Als Leitzins werden Zinssätze bezeichnet, die von den Zentralbanken des Euroraums festgelegt werden. Zu diesen Zinssätzen können sich privaten Kreditinstitute und Geschäftsbanken von der Zentralbank Geld leihen oder dort anlegen. Durch die Veränderung ihrer Zinssätze kann die EZB beispielsweise beeinflussen, wie teuer ein Kredit ist, etwa für Ladenbesitzer, die ihr Geschäft ausbauen möchten, oder für eine Familie, die ein Eigenheim kaufen will. Die Geldpoli-

tik hat also Einfluss darauf, wie teuer die Kreditaufnahme oder wie hoch die Zinssätze für Spareinlagen sind. Somit hat sie eine Auswirkung darauf, wie viel Geld die Menschen (als Verbraucher*innen oder Unternehmer*innen) ausgeben und investieren. Dies wirkt sich wiederum auf die Preise aus. Durch Änderungen unserer Zinssätze können also die Preise und die Inflation beeinflusst werden. Die klassische Geldpolitik wirkt allerdings erst mit zeitlicher Verzögerung. Es dauert erfahrungsgemäß neun bis zwölf Monate, bevor höhere Zinsen auf der Nachfrageseite den Konsum und die Investitionen preisdämpfend bremsen.

Quelle:
Autorentext

M 7: Entwicklung des Zinssatzes der Europäischen Zentralbank von 2012 bis 2022



Quelle:
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/201216/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-das-hauptrefinanzierungsgeschaefit-seit-1999/>
(Stand: 07.01.2023)

M 8: Zinserhöhung wird die Inflation nicht kurzfristig senken

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin erwartet keinen schnellen Rückgang der Inflation und verteidigt die Zinspolitik der EZB in einem Interview mit der ARD in einem Interview am 21.07.2022.

Die Zinserhöhung wird in den nächsten 12 bis 18 Monaten nichts an der Inflation ändern. »Die EZB muss die Zinsen erhöhen. Aber das wird über die nächsten 12 bis 18 Monate nichts an der Inflation verändern«, sagte Fratzscher. »Wir haben im Augenblick eine importierte Inflation, die durch den Krieg in der Ukraine, die Corona-Pandemie weltweit verursacht wird. Die Zentralbank muss die Zinsen erhöhen, um ein klares Signal zu senden, Inflationserwartungen zu verankern. Aber an der Inflation, die wir im Augenblick erleben, kann sie erst einmal nichts ändern.« Kritik, dass die EZB we-

gen ihrer zögerlichen Politik die aktuell hohe Inflation mit verschuldet haben könnte, weist Fratzscher zurück. »Natürlich hätte man sagen können, die EZB hätte schon im letzten Jahr die Zinsen erhöhen müssen. Aber das hätte ja auch am Krieg und der Inflation, die wir jetzt haben, nichts geändert«, so Fratzscher. »Eine Zentralbank kann die einheimische Nachfrage schwächen...aber im Augenblick haben wir nicht das Problem, dass die Dinge, die wir selber produzieren, dass die jetzt der Treiber der Inflation sind, sondern es ist eine importierte Inflation.« Er betonte, dass sich die Eurozone und die USA in zwei völlig unterschiedlichen Situationen befänden. Die USA hätten ein riesiges Fiskalprogramm während der Corona-Pandemie aufgelegt und sich wirtschaftlich stärker erholt. Dort würden 70 Prozent der Inflation durch die einheimische Nachfrage getrieben. In der Eurozone und Deutschland seien hingegen 70 bis 80 Prozent der Inflation importiert.

Quelle:

www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/morgenmagazin/politik/DIW-Praesident-Marcel-Fratzscher-erwartet-keinen-schnellen-Inflationsrueckgang-EZB-Zinserhoehung-100.html

M 9: Leitzinspolitik wirkt immer

»Ich halte es für falsch zu behaupten, die EZB sei machtlos. Tatsächlich hat sie einen erheblichen Einfluss auf die Inflation. Letztendlich ist die Teuerung ein monetäres Problem, bei dem es egal sei, welche Schocks dazu führen. Ob langfristig Inflation besteht, ist eine Frage der Geldpolitik. Denn sie ist nichts anderes als der Kaufkraftverlust der Währung, de(r)en Angebot die EZB nun einmal kontrolliert. Mit den Zinsen hat die Notenbank einen starken Hebel, wodurch sie die Inflationserwartungen beeinflussen kann.« Volker Wieland, ehemaliger Wirtschaftsweise

Quelle:

www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/ezb-leitzinsen-geldpolitik-experten-101.html
(Stand: 06.01.2023)

Arbeitsaufträge

- 1. Arbeiten** Sie aus M 6 und M 7 die Phasen der Leitzinspolitik der EZB heraus und erklären Sie anhand von zwei Wirkungsketten die ökonomischen Effekte einer Niedrig- und Hochzinspolitik.
- 2. Diskutieren** Sie auf Basis von M 6 bis M 9 den Einfluss der Leitzinspolitik auf die Inflation vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Inflationsursachen.

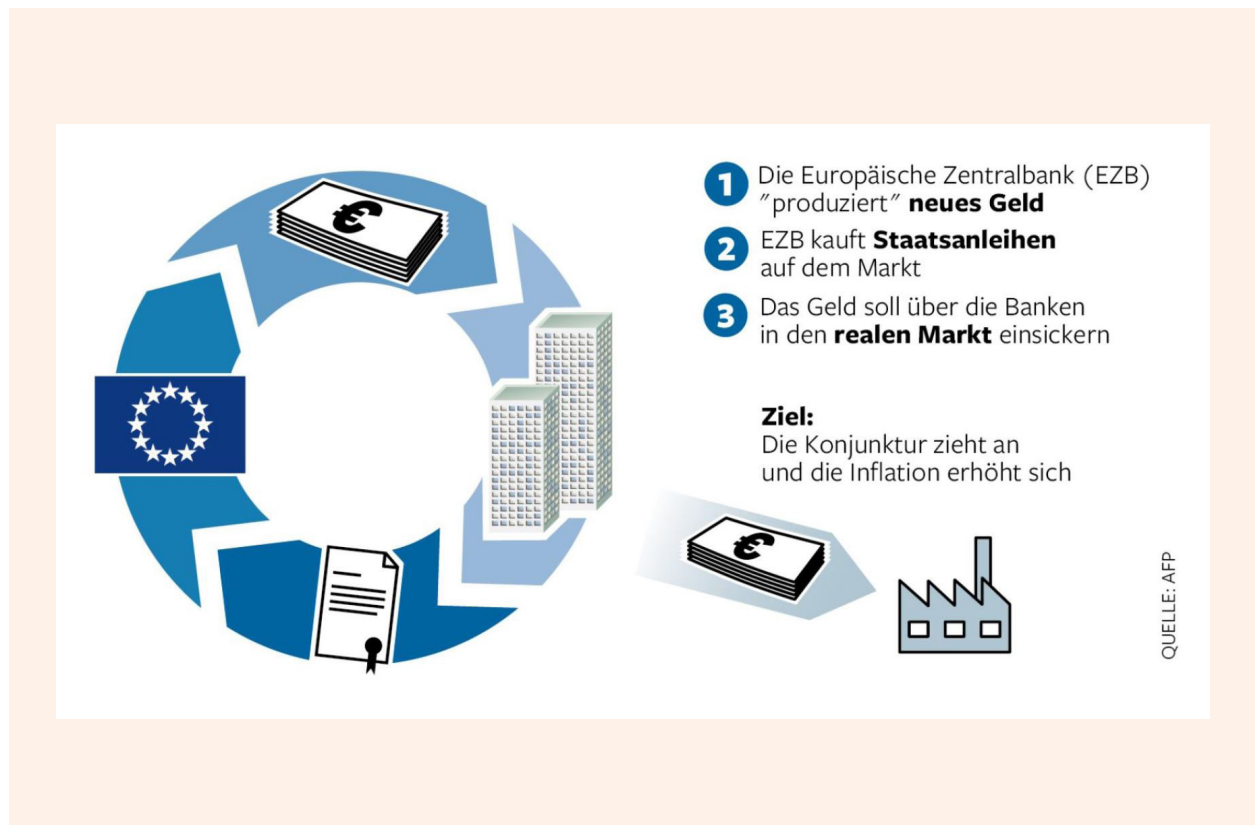
Arbeitsblatt 4:

Das Anleihenkaufprogramm als zentrales geldpolitisches Instrumentarium der EZB**M10: So schleust die EZB Milliarden in das Finanzsystem**

Die Preisentwicklung im Euroraum bereitet den Notenbanken Sorgen. Im Januar und Februar [2015] sind die Verbraucherpreise auf Jahressicht jeweils gesunken. Deshalb befürchten die Währungshüter eine Deflation, also einen anhaltenden Preisrückgang quer durch die Warengruppen. Das könnte dazu führen, dass Verbraucher*innen und Unternehmen Anschaffungen in Erwartung weiterer Preissenkungen verschieben und die Wirtschaft erlahmt. Dies will die EZB mit den Käufen verhindern: »Das Programm wird dazu beitragen, die Inflation wieder auf ein Niveau zurückzuführen, das mit dem Ziel der EZB im Einklang steht.« Die EZB strebt eine Teuerungsrate von knapp zwei Prozent an. Wie soll das Kaufprogramm funktionieren? Die EZB kauft Wertpapiere am Sekundärmarkt – also nicht direkt bei Staaten, sondern bei Banken oder Versicherern. So wird Geld ins Finanzsystem geschleust. Die EZB erwartet, dass das Programm den Unternehmen in ganz Europa helfen wird, leichter Zugang zu Krediten zu er-

halten. Das werde die Investitionstätigkeit steigern, Arbeitsplätze schaffen und das Wirtschaftswachstum insgesamt stützen. Dafür druckt sich die EZB quasi selbst Geld, die Menge (Quantität) des Zentralbankgeldes nimmt zu, daher der Begriff »Quantitative Lockerung« (QE). Hat die EZB keine anderen Mittel? Im Prinzip schon, doch sie hat ihr Pulver weitgehend verschossen. Das gilt vor allem für die Zinsen, mit denen die Geldpolitiker eigentlich die Inflation steuern: Eine Zinssenkung verbilligt Kredite und soll Konjunktur wie Inflation antreiben. Doch die EZB hat den Leitzins schon auf 0,05 Prozent gesenkt, also quasi abgeschafft. »Gäbe es noch Spielraum, so hätte die EZB die Leitzinsen bereits gesenkt. Da diese Möglichkeit aber nicht mehr bestand, war das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten das einzig geeignete Instrument, mit dessen Hilfe die EZB ein ähnliches Ergebnis erreichen konnte«, erklärt die EZB.

Quelle:
www.welt.de/wirtschaft/article138207084/So-schleust-die-EZB-Milliarden-insFinanzsystem.html
(Stand: 06.01.2023)



Grafik:
www.welt.de/wirtschaft/article138207084/So-schleust-die-EZB-Milliarden-insFinanzsystem.html
(Stand: 06.01.2023)

M 11: Geldpolitische Wende - EZB beendet Anleihekäufe und bereitet Zinswende vor

Die Europäische Zentralbank reagiert auf die schnelle Inflation in Europa und setzt ihre Anleihekäufe aus. Erstmals seit elf Jahren soll außerdem der Leitzins steigen. Die Europäische Zentralbank (EZB) beendet ihre milliardenschweren Anleihekäufe zum 1. Juli und bereitet die erste Zinserhöhung seit elf Jahren vor. Das teilte die Notenbank in Frankfurt am Main mit. Der Leitzins bleibt demnach vorerst auf dem Tiefstand von 0,0 Prozent und soll im Juli um 0,25 Prozentpunkte steigen. Seit Jahren ist die EZB nach der globalen Finanzkrise, der Staatsschuldenkrise um Griechenland und der Corona-Pandemie im Notfallmodus gewesen, mit noch immer historisch niedrigen Zinsen und Anleihekäufen. Mit ihrer ultralockeren Geldpolitik wollte die Zentralbank die Inflation im Euroraum seinerzeit beschleunigen. [...] Jahrelang war die Inflation aus EZB-Sicht viel zu niedrig. Mittlerweile hat sich das

Bild aber radikal geändert, zuletzt wurden die hohen Energiepreise durch den Krieg in der Ukraine zusätzlich angeheizt. [...] Höhere Zinsen machen den Euro attraktiver für Anleger, was dessen Kurs anschieben und damit Importe von Rohstoffen und Energie billiger machen kann. Das wiederum kann die Inflation dämpfen. Zudem machen höhere Zinsen Kredite für Konsum und Investitionen teurer. Das dürfte die Nachfrage dämpfen, was wiederum die Inflation begrenzen könnte. Allerdings droht damit die ohnehin angeschlagene Konjunktur – die unter den Folgen der Pandemie, des russischen Kriegs gegen die Ukraine und Materialengpässen leidet – einen weiteren Dämpfer zu erhalten. Auch wird die Schuldenaufnahme für die Euroländer bei einem Zinsanstieg teurer, was vor allem die Haushalte hoch verschuldeter Staaten wie Griechenland und Italien belasten dürfte.

Quelle:
www.zeit.de/wirtschaft/2022-06/ezb-beendet-anleihenkaeufe-und-bereitet-zinswende-vor
(Stand: 06.01.2023)

Arbeitsaufträge

- 1. Skizzieren** Sie auf Basis von M2, M9 und M10 mit eigenen Worten die geldpolitische Situation im Frühjahr 2015.
- 2. Erklären** Sie auf Basis von M10 in Form einer Wirkungskette die ökonomische Theorie des Anleihenkaufprogramms der EZB.
- 3. Diskutieren** Sie anhand von M11 die geldpolitische Wende der EZB vor dem Hintergrund der veränderten volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Arbeitsblatt 5: Wer kann wie die Inflation sinnvoll bekämpfen?

M 12: Politik kann gegen Inflation nicht viel tun

Die Inflation ist so stark zu spüren wie lange nicht. Seit Jahresbeginn schnellen die Preise für Strom nach oben. Spätestens seit dem Krieg in der Ukraine ziehen auch der Gaspreis, der Heizölpreis und die Benzinpreise deutlich an. Nach wie vor steigen vielerorts die Mieten. [...] Dabei zogen die Preise bereits 2021 an. Während der Corona-Pandemie haben einige Länder (aufgrund von Lieferengpässen) wieder mehr im Inland produziert – zu höheren Lohnkosten. [...] Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und den knappen Ressourcen Gas und Erdöl kommen im Frühjahr 2022 neue Rahmenbedingungen hinzu, die sich unterschiedlich auswir-

ken könnten. Einerseits belastet der Krieg den internationalen Handel und damit die Wirtschaftsleistung vieler Länder. Unter anderem für Deutschland, die USA und China hat man die Konjunkturprognosen für 2022 bereits gesenkt. Weniger Produktion sollte Preise sinken lassen. Andererseits aber werden wegen des Krieges ohnehin knappe Ressourcen (Erdgas, Erdöl, Weizen) noch knapper. Denn Russland fällt als wichtiger Lieferant beider Rohstoffe aus, was Gaspreis, Ölpreis und auch Benzinpreise nach oben treibt. Der Ölpreis reagiert zudem erfahrungsgemäß sensibel auf geopolitische Krisen und Kriege in ölfördernden Ländern.

Quelle:
www.mdr.de/nachrichten/deutschland/wirtschaft/inflation-politik-massnahmen-102.html
(Stand: 10.10.2022)

M 13: Doppelwumms – Milliarden für Energiepreisbremsen

Der Bundestag hat Kredite von 200 Milliarden Euro genehmigt, mit denen die dramatisch gestiegenen Energiepreise gebremst werden sollen. Nach einem Beschluss der Abgeordneten am Freitag darf der Wirtschaftsstabilisierungsfonds, ein Sondertopf außerhalb des Bundeshaushaltes, nun diese Schulden aufnehmen.

»Das ist eine gute Nachricht für alle, die mit Sorge auf ihre Nebenkosten blicken. Und für Handwerksbetriebe und Unternehmen«, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Er hatte das Paket mit Energiepreisbremsen und Unternehmenshilfen als »Doppelwumms« bezeichnet. Nach dem Bundestag muss auch der Bundesrat zustimmen. [...] Mit dem Geld soll vor allem der zuletzt stark gestiegene Gaspreis gesenkt werden. [...]

Quelle:
www.zeit.de/news/2022-10/21/bundestag-genehmigt-erneut-ausnahme-von-der-schuldenbremse
(Stand: 10.10.2022)

Entlastungspakete

(Kombination unterschiedlicher, meist gesetzlich verankerter Maßnahmen zur Abfederung einer besonderen Belastung)

Angesichts der massiv gestiegenen Energiepreise hat die Bundesregierung zwischen Februar und Oktober 2022 drei Entlastungspakete zur Entlastung der privaten Haushalte verabschiedet.

Quelle:
www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Glossar/inflation.html
(Stand: 05.09.2022)

Arbeitsaufträge

- 1. Fassen** Sie auf Basis von M12 mit eigenen Worten **zusammen**, inwiefern der Staat und die Europäische Zentralbank nach Ansicht der Autor*innen nur bedingt etwas gegen die gegenwärtige Inflation unternehmen können.
- 2. Erklären** und **begründen** Sie mithilfe von M12 und M13 die Entstehung der Entlastungspakete (siehe Infobox).
- 3.** Wie sollten die Entlastungspakete gestaltet sein, damit diese gerecht und wirkungsvoll sind?
Entwickeln Sie Kriterien, die die potenziellen Entlastungspakete der Bundesregierung erfüllen sollten.

Arbeitsblatt 6: **Entlastungspaket auf dem Prüfstand I****M14: Ampel präsentiert Entlastungspaket**

Quelle:
janson-karikatur.de/tag/rentner
(Stand: 10.10.2022)

Arbeitsaufträge

1. **Plenum:** Analysieren Sie die Karikatur (M14).

Einzelarbeit:

- a) **Lesen** Sie die Maßnahmen des dritten Entlastungspaketes (M15) aufmerksam durch, unterstreichen Sie wesentliche sowie nicht verständliche Begriffe mit unterschiedlichen Farben. Klären Sie Letztere in Form einer Internetrecherche.
- b) **Erläutern** Sie stichpunktartig, wer die Profiteur*innen (Rentner*innen, Arbeitnehmer*innen, Studierende, Alleinerziehende etc.) der spezifischen Maßnahmen sind und ob der Nutzen eher kurzfristig (einmalig), mittelfristig oder langfristig ist. Tragen Sie Ihre Überlegungen in die entsprechenden Spalten der Tabelle (M15) ein.

2. Partnerarbeit:

- a) **Erklären** Sie sich gegenseitig und mit eigenen Worten die Maßnahmen des dritten Entlastungspaketes der Bundesregierung. Korrigieren und ergänzen Sie sich gegebenenfalls gegenseitig.
- b) **Vergleichen** Sie ebenso die Profiteur*innen und den Nutzen der Maßnahmen.



3. **Überprüfen** und **diskutieren** Sie im Plenum, inwiefern die Kernaussage der Karikatur (M14) auf das dritte Entlastungspaket zutrifft.

4. **Beurteilen** Sie die Tatsache, dass Unternehmer*innen bisher nicht unterstützt wurden, obwohl sie für Arbeitsplätze und Lohnzahlungen verantwortlich sind. Beurteilen Sie ebenso, inwiefern Arbeitgeber*innen die Inflationsprämie an Arbeitnehmer*innen zahlen sollen, wenn sie selbst unter »wirtschaftlichem Druck« stehen.

Arbeitsblatt 7: **Entlastungspaket auf dem Prüfstand II**

M 15: Übersicht über das dritte Entlastungspaket

Nach zwei bereits beschlossenen Entlastungspaketen hat die Bundesregierung am 4. September 2022 Pläne für ein drittes Entlastungspaket bekannt gegeben. Insgesamt sollen 65 Milliarden Euro an die Bürger*innen fließen – damit wären die Maßnahmen umfangreicher als die beiden anderen Pakete zusammen (30 Milliarden Euro). Adressaten der Entlastungspakete sind ausschließlich private Haushalte.

Ausgewählte Maßnahmen	Profiteur*innen	Nutzen
 <p>Energiepauschale für Rentner*innen Die Energiepauschale dient ausschließlich zur Entlastung für Rentner*innen und Student*innen. Erstere erhalten eine Energiepauschale von 300 Euro, Letztere von 200 Euro.</p>		
 <p>Erhöhung des Kindergeldes Die Bundesregierung hat entschieden, das Kindergeld für die ersten beiden Kinder jeweils um 18 Euro monatlich anzuheben. Das entspricht einer jährlichen Erhöhung des Kindergeldes von 216 Euro.</p>		
 <p>Inflationsprämie für Arbeitnehmer*innen Die Preise für die Lebenshaltung steigen, weshalb Arbeitgeber*innen einmalig einen Bonus von bis zu 3.000 Euro steuer- und sozialversicherungsfrei an Arbeitnehmer*innen als Inflationsprämie auszahlen dürfen.</p>		
 <p>Nachfolger des 9-Euro-Tickets Das 9-Euro-Ticket wurde als Erfolg bewertet, weswegen die Bundesregierung einen Nachfolger dieses Tickets eingeführt hat (Ticketpreis 49 Euro).</p>		
 <p>Dauerhafte Homeoffice-Pauschale Die Homeoffice-Pauschale endet nicht Ende 2022, sondern ist nun unbefristet. Somit können alle, die im Homeoffice arbeiten, 5 Euro/Tag und maximal 600 Euro/Jahr steuerlich geltend machen.</p>		
 <p>Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger*innen¹ Bürger*innen, die Wohngeld beziehen, sollen zusätzlich bei den Heizkosten entlastet werden. Daher werden einmalig 415 Euro (für Alleinlebende) oder 510 Euro (für einen Zweipersonenhaushalt) ausbezahlt, für jede weitere Person 100 Euro.</p>		
 <p>Strom- und Gaspreisdeckel für den Basisverbrauch Der Strompreis für den Basisstromverbrauch soll gedeckelt werden. Man orientiert sich dabei am durchschnittlichen Stromverbrauch der unterschiedlichen Haushaltsgößen. Genaue Details sind noch nicht ausgehandelt.</p>		

Abbildungen: www.istockphoto.com – AlonzoDesign, -VICTOR-, M-Vector, ArnaPhoto

¹ Den Heizkostenzuschuss erhält, wer Wohngeld bekommt, sowie Auszubildende und Studierende, die BaFöG oder andere staatliche Leistungen beziehen (Berechnungen zufolge profitieren rund 2 Millionen Haushalte davon). Wohngeldempfänger*innen sind Personen, die einen bewilligten Anspruch auf die Gewährung von Wohngeld haben. Haushalte mit niedrigem Einkommen erhalten Wohngeld als Mietzuschuss.

Arbeitsblatt 8: Das dritte Entlastungspaket in der Diskussion

M16: Pro – es wird viel Geld bewegt

Eines muss man der Ampelkoalition auf alle Fälle lassen: Das dritte Entlastungspaket existiert. Und das ist doch eine gute Nachricht. Wochenlang hatten SPD, Grüne und FDP untereinander gezankt und voneinander gefordert, der Sommer war geprägt von koalitionsären Grabenkämpfen. Dass sich die Beteiligten nun nach einer gemeinsamen Nacht im Kanzleramt überhaupt auf etwas einigen konnten, darf deshalb schon als kleiner Erfolg gelten.

Zweifellos sind 65 Milliarden Euro Gesamtvolumen eine beachtliche Summe, oder um es wie Bundeskanzler Olaf Scholz auszudrücken: Da wird viel Geld »bewegt«. Die Ampel plant Einmalzahlungen für Rentner und Studenten sowie einen Heizkostenzuschuss für Wohngeldberechtigte. Sie will einen Nachfolger für das 9-Euro-Ticket, Regelsätze für Bedürftige sollen nach der Einführung des Bürgergeldes Anfang des kommenden Jahres steigen. Das sind nur einige der Vorhaben, die für viele Menschen im Land eine Hilfe sein dürf-

ten. Der Ampelkoalition ist es diesmal gelungen, ein breit angelegtes Papier vorzulegen. Allerdings hat das Ganze ein Manko: die Finanzierung.

Tatsächlich steuert der Bund mit 32 Milliarden Euro nämlich nur rund die Hälfte des Geldes bei. Ein Nachtragshaushalt ist nicht geplant, die Schuldenbremse soll im kommenden Jahr eingehalten werden. Finanzminister Christian Lindner und seine Liberalen wollen sich in dieser Sache offenbar nicht bewegen. Und das könnte zu Problemen führen.

Ein [...] Beispiel ist der Nachfolger für das 9-Euro-Ticket, das zwischen 49 und 69 Euro kosten soll. Abgesehen davon, dass die Bürger deutlich mehr für das neue Angebot zahlen müssten, ist auch hier die Finanzierung nicht abschließend geklärt. Die Hälfte der Kosten sollen nämlich die Bundesländer tragen. Es stehen womöglich weitere zähe Verhandlungen an. [...]

Quelle:
www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/drittes-entlastungspaket-die-ampel-laesst-viele-fragen-offen-li.263568
(Stand: 1.10.2022)

M17: Contra – wer hat, der kriegt

[...] Ist das [Entlastungspaket] sozial gerecht? Auf den ersten Blick muret es so an, schließlich werden ärmere Haushalte durch die Sozialtransfers tatsächlich entlastet. Bei genauem Hinsehen entpuppen sich die Maßnahmen aber doch als sozial unausgewogen: So weisen Ökonom*innen darauf hin, dass bei der geplanten Steuerentlastung mehr als die Hälfte bei den oberen 20 Prozent ankommt – die nun wirklich keine Hilfe benötigen, um über den Winter zu kommen.

Auch gegen die größte Belastung der privaten Haushalte – die Gasrechnung – gibt es keine passgenauen Maßnahmen. Dabei hätte ein Gaspreisdeckel [...] sicherstellen können, dass niemand im Dunkeln sitzen und frieren muss.

[...] Auch die Einmalzahlungen sind kaum dazu geeignet, die Menschen von den steigenden Lebenshaltungskosten zu entlasten. Nicht nur, weil eine einmalige Geldspritze langfristig keine Probleme löst und 300 Euro nicht ausreichen, um die Preissteigerung bei Gas um bis zu 200 Prozent auszugleichen.

Vor allem aber werden auch hier wieder pauschale Geldgeschenke auch denen gemacht, die sie gar nicht brauchen. Denn nicht alle Rentner*innen oder Studierenden brauchen finanzielle Unterstützung, einige von ihnen sind durchaus wohlhabend. [...] Sozial gerecht ist das nicht.

Die einzige Krisenmaßnahme, die diesen Anspruch erfüllt hat, wurde nach nur drei Monaten wieder abgeschafft: das 9-Euro-Ticket. Dadurch wurde allen, auch armen Menschen, Mobilität ermöglicht, die so vom sozialen Status entkoppelt wurde. Mit dem nun geplanten 49- oder 69-Euro-Ticket wird Mobilität wieder zu einem Privileg, das man sich leisten können muss. Dabei macht Spanien vor, wie es geht: Ein per Übergewinnsteuer finanziertes 0-Euro-Ticket für alle. Das ist das einzige Gießkannenprinzip, das wirklich hilft – der Umwelt und den Menschen.

Quelle:
www.taz.de/Entlastungspaket-der-Bundesregierung/!5878317
(Stand: 1.10.2022)

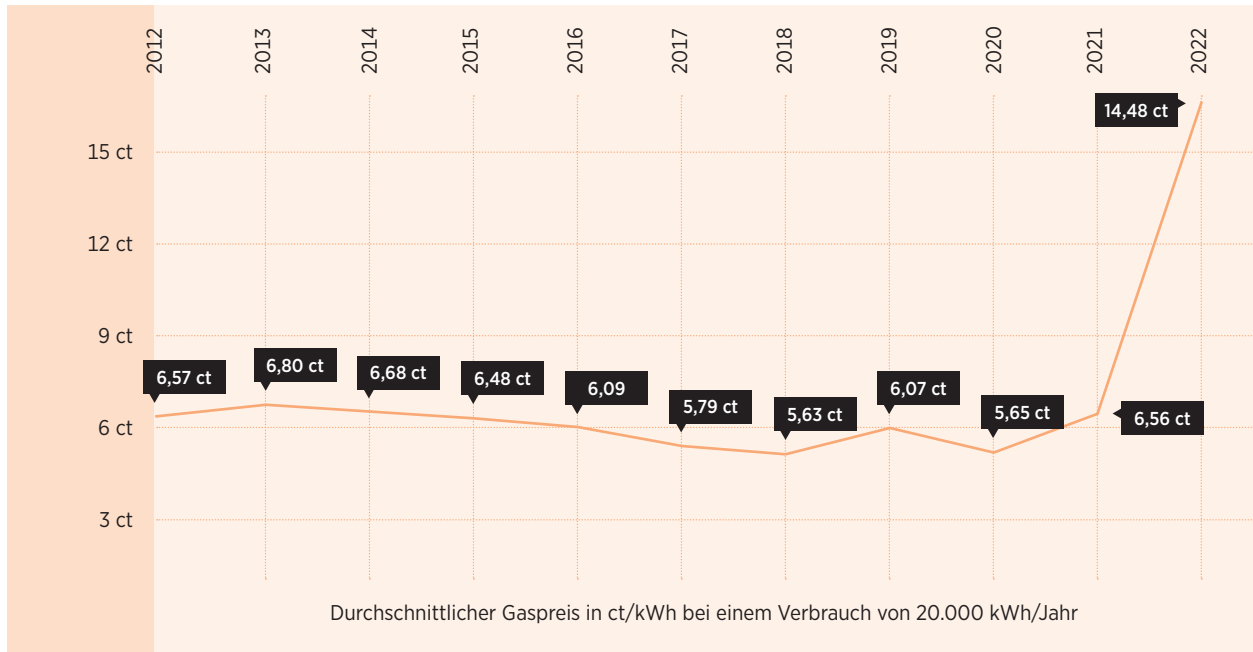
Preisbremse

[...] Die Bundesregierung will mit einem neuen schuldenfinanzierten »Abwehrschirm« Verbraucher und Unternehmen wegen der stark steigenden Energiepreise unterstützen. Die ursprünglich geplante Gasumlage entfällt, stattdessen wird eine Strom- und Gaspreisbremse zur Entlastung von Privathaushalten und Unternehmen vorbereitet. Die Grundidee des Gaspreisdeckels ist, dass der Preis für einen Grundbedarf an Gas pro Haushalt festgelegt wird. Die Differenz zum tatsächlichen Marktpreis bekommen die Gasversorger vom Staat erstattet. Hierfür will die Ampel-Koalition 200 Milliarden Euro über neue Kredite finanzieren [...].

Quelle:
www.deutschlandfunk.de/gaspreisdeckel-bedeutung-100.html
(Stand: 01.10.2022)

Arbeitsaufträge

- 1. Erarbeiten** Sie in Partnerarbeit die Vor- und Nachteile des Entlastungspaketes (M16 und M17). Notieren Sie dazu die Pro- und Contra-Argumente arbeitsteilig in Form einer Tabelle.
- 2. Stellen** Sie sich abwechselnd die Argumente **vor** und vervollständigen Sie die Tabelle.
- 3. Diskutieren** Sie, inwiefern das dritte Entlastungspaket gerecht und wirkungsvoll ist.
 - a) Unterstreichen** Sie dazu die zwei aus Ihrer Sicht überzeugendsten Pro- und Contra-Argumente.
 - b) Berücksichtigen** Sie bei der Diskussion auch Ihre im Vorfeld festgelegten Gelingensbedingungen für ein Entlastungspaket (siehe AB 5).

Arbeitsblatt 9: **Die Gaspreisbremse****M18: Entwicklung der Gaspreise**

Quelle:
www.verivox.de/gas/gaspreisentwicklung
 (Stand: 06.10.2022)

Gaspreisbremse

Zweistufige Entlastung der Gas- und Fernwärmekunden in Höhe von 96 Milliarden Euro

Einmalzahlung: Der Bund übernimmt bis zur Einführung der Gaspreisbremse für kleinere Unternehmen und Privathaushalte die Rechnung – und zwar die Abschlagszahlung für den Dezember. Die Versorger sollen auf diese verzichten und bekommen das Geld vom Staat erstattet.

Gaspreisbremse für Betriebe und private Haushalte: Ab März 2023 soll der Bund garantieren, dass man nicht mehr als 12 Cent pro Kilowattstunde Erdgas zahlt. Die Deckelung gilt aber nur für ein Grundkontingent, welches bei 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs liegt. Darüber hinaus muss der Marktpreis entrichtet werden.

Gaspreisbremse für die Industrie: Industrielle Firmen bekommen keine Einmalzahlung. Für sie beginnt die Gaspreisbremse aber schon ab Januar 2023 mit einem Preis von ca. 12 Cent. Für die Industrie liegt das Grundkontingent bei 70 Prozent des Verbrauchs im Jahr 2021.

Quelle:
www.deutschlandfunk.de/gaspreisdeckel-bedeutung-100.html
 (Stand: 12.10.2022)

M19: Wie wummsig ist der Wumms?



Drei Entlastungspakete hat die Koalition bereits verabschiedet, nun ist mit der Gaspreisbremse ein viertes auf den Weg gebracht worden. Einen »Doppelwumms« hat Olaf Scholz versprochen, damit Strom und Gas auch im Winter bezahlbar bleiben. Und natürlich auch ein wenig, damit die Regierung weiter regieren kann. [...] Also, wie wummsig ist dieser Wumms? Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung hat für die ZEIT berechnet, was das bedeutet. Ergebnis: Die ärmsten zehn Prozent der Haushalte bekommen durch die Gaspreisbremse im Schnitt 893 Euro im Jahr erstattet. Das ist schon recht wummsig. Ihre Heizrechnung würde sich bei unverändertem Verbrauch fast halbieren (auch wenn sie noch höher ausfiele als vor dem

Krieg): Sie müssten statt 2.116 Euro nur noch 1.222 Euro für Gas ausgeben. Grundlage der Berechnungen sind statistische Erhebungen, bei denen die Ausgaben für Energie und der Verdienst abgefragt werden. Die Ergebnisse beziehen sich auf Einpersonenhaushalte. Wenn mehr Menschen in einem Haushalt leben, fallen Verbrauch und Entlastungssumme höher aus. [...] Die Entlastungswirkung nimmt mit steigendem Einkommen zu, weil Menschen mit mehr Geld oft in größeren Wohnungen mit entsprechend höherem Energieverbrauch leben. Die Regierung würde also auch denjenigen helfen, die vielleicht nicht auf Hilfe angewiesen wären. [...] Erst einmal muss aus dem Bericht der Kommission aber ein Gesetz werden.

Quelle und Abbildung:
www.zeit.de/2022/42/gaspreisbremse-entlastung-verbraucher-ungleichheit
(Stand: 12.10.2022)



Quelle:
www.zeit.de/2022/42/gaspreisbremse-entlastung-verbraucher-ungleichheit
 (Stand: 06.10.2022)

Arbeitsaufträge

- Beschreiben** Sie auf Basis von M18 die Entwicklung des Gaspreises und berechnen Sie die Kostendifferenz für private Haushalte unter der Annahme eines gleichbleibenden Jahresverbrauches von 20.000 kWh für die Jahre 2021 und 2022.
- Erklären** Sie auf Basis von M19, inwiefern der Staat mit dem Vorschlag der Energiekommission der Energie- und Inflationskrise entgegenwirken kann.
- Diskutieren** Sie im Plenum, inwiefern die vorgeschlagene Gaspreisbremse zielgenau und gerecht ist.

Differenzierung

- Entwickeln/Skizzieren** Sie auf Basis der Statistik Grundzüge eines alternativen Entlastungsmodells.

Arbeitsblatt 10: **Ökonomische Lösungen für die Energiekrise**

M 20: Ökonomische Instrumente zur Lösung der Energiekrise in der Diskussion

Die Energiekrise hat infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine tiefgreifende Auswirkungen auf die deutsche und europäische Energiewirtschaft. Am markantesten ist dabei der massive Anstieg der Gaspreise auf mehr als das Zehnfache über dem langjährigen Mittel vor der Krise. Die Gaspreisbremse ist ein zentrales Element eines wirtschaftlichen Abwehrschirms, den die Bundesregierung in einem Maßnahmenpaket gebündelt hat. Ziel der Gaspreisbremse ist es, Verbraucher*innen und

Unternehmen angesichts der drastischen Energiepreise finanziell zu entlasten (1) und die Versorgungssicherheit von Energie (hier: Gas) langfristig zu sichern (2). Folgt man der ökonomischen Theorie, so lassen sich in bestimmten Situationen mit Anreizen und marktbasierenden Instrumenten Ziele oft effizienter und wirksamer erreichen als mit ordnungspolitischen Ge- und Verboten.

Quelle:
Autorentext

M 21: Ökonomische Instrumente zur Lösung der Energiekrise in der Diskussion

Für Verbraucher soll bei einem Gaspreisdeckel ein »Basisverbrauch« staatlich subventioniert werden – für diese Gasmenge würden also niedrigere Preise gelten (80 Prozent des durchschnittlichen früheren Gasverbrauchs). Ein solcher allgemeiner »Basisverbrauch« soll auch für kleine und mittlere Unternehmen festgelegt werden. Die geplante Gaspreisbremse kostet den Staat je nach Ausgestaltung rund 16 bis 37 Milliarden Euro im Jahr 2023. [...] Clemens Fuest, Präsident des renommierten ifo Instituts, lobte die Regierung zwar dafür, dass sie der Krise entgegengetreten will. Der Ökonom warnt aber auch: »Tatsächlich kann viel Geld auch viel Schaden anrichten. Die größte Gefahr besteht darin, dass die Hilfen die Nachfrage nach Energie in die Höhe schrauben.« Denn: Wenn mehr Geld für eine beschränkte Menge an Gas vorgesehen werde, treibe das nur den Gasverbrauch und die Preise in die Höhe. [...] Es sei deshalb besonders wichtig, Energiesparanreize zu verstärken und in einer Form zu unterstützen, die den Energieverbrauch nicht steigern. [Anmerkung: Die Bundesregierung wird den Gaspreis ab März 2023 auf 12 Cent pro Kilowattstunde deckeln. Allerdings nur für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs, für den restlichen Verbrauch muss der reale Marktpreis entrichtet werden (Stand: 20.12.2022: 20 Cent/kWh).

Quelle:
www.merkur.de/wirtschaft/gaspreisbremse-gaspreisdeckel-verbraucher-funktion-kosten-regierung-modelle-gas-91824608.html
(Stand: 20.12.2022)

M 22: Verhaltenssteuernde Instrumente

Menschen entscheiden sich oft nicht in dem Maße für die Durchführung von umweltgerechten Handlungen, wie es die Instrumente vorsehen. Menschen handeln nicht immer ökonomisch vollständig rational und voll informiert, wie es mit dem homo oeconomicus oft verdeutlicht wird. Menschliche Entscheidungen sind von zahlreichen Einflussgrößen abhängig. Ein einfaches Beispiel für eine verhaltensorientierte Konzeption von neuen Instrumenten und eine Verbesserung von bestehenden Instrumenten ist die Gestaltung der Energierechnung: Eine Energierechnung beinhaltet i. d. R. eine Vielzahl an unübersichtlich dargestellten Zahlen und Informationen. Wichtige Informationen und verhaltensorientierte Instrumente, z. B. der als Vergleich des persönlichen Verbrauchs mit dem Verbrauch von Vergleichsgruppen gehen in der Fülle unter. Wenn Verbraucher ihren Energiekonsum eindeutiger nachvollziehen und mit ihrer Vergleichsgruppe in Beziehung setzen können, werden sie dazu angeregt und befähigt, das erwünschte Ziel des energiesparend wahrzunehmen, zu bedenken und umzusetzen. Eine solche Maßnahme kann zu durchschnittlichen Energieeinsparungen von zwei Prozent führen. Eine andere verhaltensorientierte Maßnahme in Europa führte

Quelle:
www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1968/publikationen/170815_uba_pos_buergernaehesreg_rz_barrierefrei.pdf
(Stand: 20.12.2022)

Arbeitsaufträge

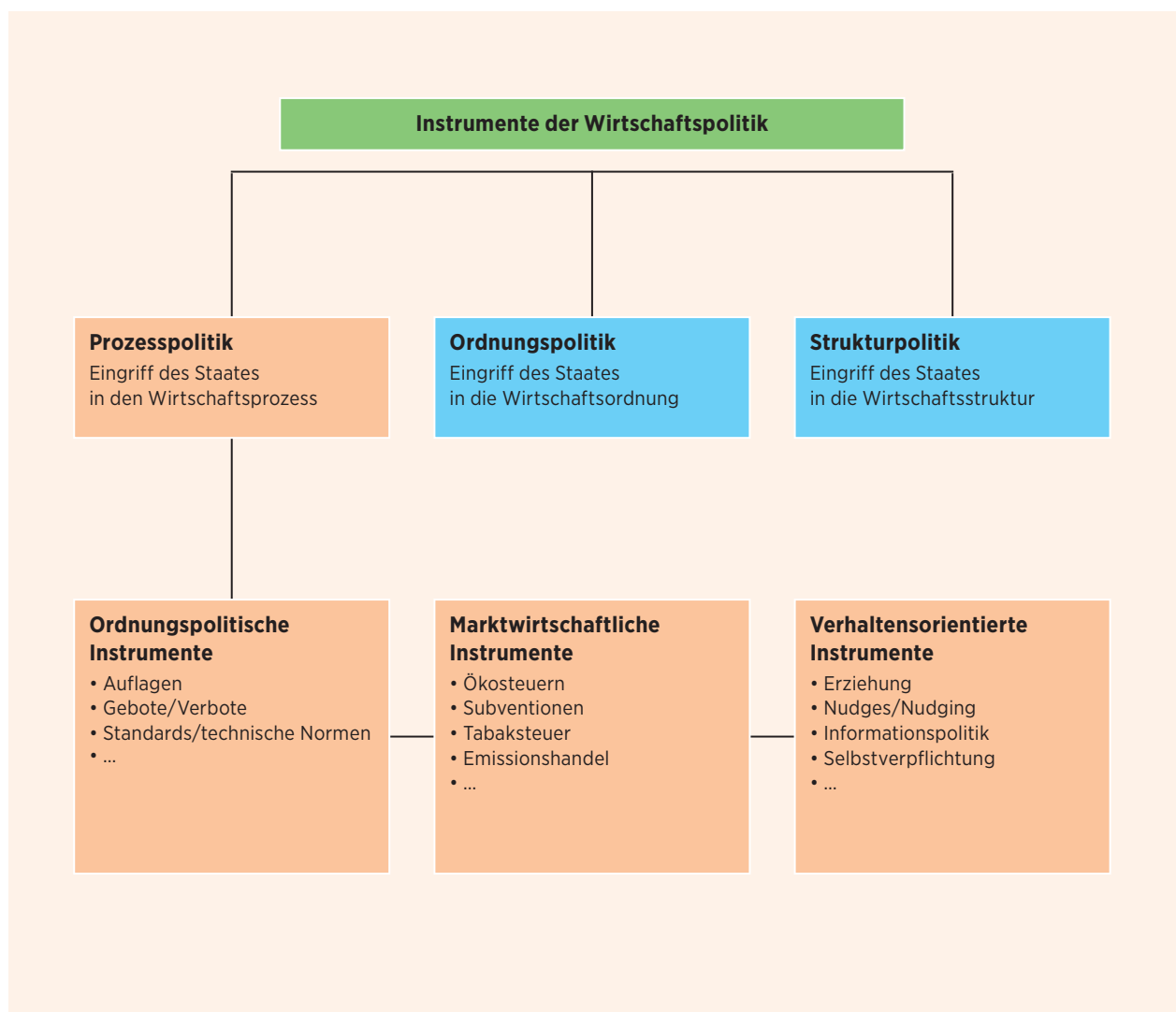
- 1. Beschreiben** Sie auf Basis von M20 bis M22 das Ziel der Gaspreisbremse sowie die einzelnen ökonomischen Instrumente, die dieser zugrunde liegen.
- 2. Problematisieren** Sie die möglichen Wirkungsweisen der einzelnen Instrumente (M23).
- 3.** In der öffentlichen Diskussion werden verhaltenssteuernde Instrumente häufig mit dem Begriff des »Nudging« – auf Deutsch »Stupsen« – verbunden. Dieser Begriff beinhaltet die Vorstellung, dass es mit einfachen verhaltensökonomischen Maßnahmen gelingen kann, die Menschen zu politisch gewünschtem Verhalten zu motivieren. **Diskutieren** Sie kritisch die Potentiale und Grenzen dieses Instruments als Ergänzung für die Gaspreisbremse.

Arbeitsblatt 11: **Ökonomische Lösungen für die Energiekrise**

M23: Ökonomische Instrumente zur Lösung der Energiekrise in der Diskussion

Umweltpolitische Instrumente sind Mittel, die der Staat einsetzt, um die Produzent*innen und die Konsument*innen zu veranlassen, entsprechend der festgelegten umwelpoli-

tischen Ziele Maßnahmen der Vermeidung, Verringerung oder Beseitigung von Umweltbelastungen zu ergreifen.



M 24: Mögliche Bewertungskriterien ökonomischer Instrumente für die Analyse von Effizienz und Praxistauglichkeit

Mögliche Bewertungskriterien:

1.	Ökonomische Effizienz: Kann das Ziel mit möglichst geringen Kosten (kosteneffizient) erreicht werden, ohne dass Personen/Gruppen durch die Anwendung des Instruments schlechter gestellt werden? (Pareto-Effizienz)
2.	Politische Treffsicherheit: Wie groß ist der potenzielle Beitrag des Instruments, das Problem zu beseitigen/zu reduzieren?
3.	Praxistauglichkeit: Wie wahrscheinlich ist die Durchsetzbarkeit des Instruments?

Quelle:
Eigene Darstellung

M 25: Heizt die Gaspreisbremse die Inflation an?

Führende Wirtschaftsforschungsinstitute warnen davor, dass eine Gaspreisbremse die ohnehin schon hohe Inflation weiter anfachen könnte. Zudem gebe es dann weniger Anreize, das knappe Gas zu sparen. Stefan Kooths vom Institut für Weltwirtschaft Kiel sagte bei der Vorstellung des Herbstgut-

achtens der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, wegen des hohen Importanteils erfordere eine Senkung des Gaspreises »massive Subventionen, die ihrerseits natürlich dann neue Kaufkraft in den Privatsektor pumpen würden«. Damit werde der gesamtwirtschaftliche Preisauftrieb abermals angefacht.

Quelle:
<https://www.rnd.de/wirtschaft/entlastung-beim-gaspreis-so-koennten-gaspreisdeckel-und-gaspreisbremse-funktionieren-RNWOZS6CFNBTBFX3HL7RC6TCKQ.html>
(Stand: 20.12.2022)

Arbeitsaufträge

- 1. Ordnen** Sie die ökonomischen Instrumente der Gaspreisbremse dem wirtschaftspolitischen Instrumentarium in M23 begründet zu.
- 2. Analysieren** Sie in Partnerarbeit die Effizienz, der in der Gaspreisbremse berücksichtigten, ökonomischen Instrumente mithilfe der Bewertungskriterien in M24. Halten Sie dazu Chancen und Risiken schriftlich fest (M25).
- 3. Diskutieren** Sie vor dem Hintergrund von M25 und M26 die Eignung der jeweiligen Instrumente zur Erreichung der Ziele einer Gaspreisbremse (siehe M20 bis 22) auf einer Skala von 0 bis 10 (0 = ineffizient bzw. nicht zielführend, 5 = nur zum Teil effizient bzw. zielführend, 10 = sehr effizient bzw. zielführend).

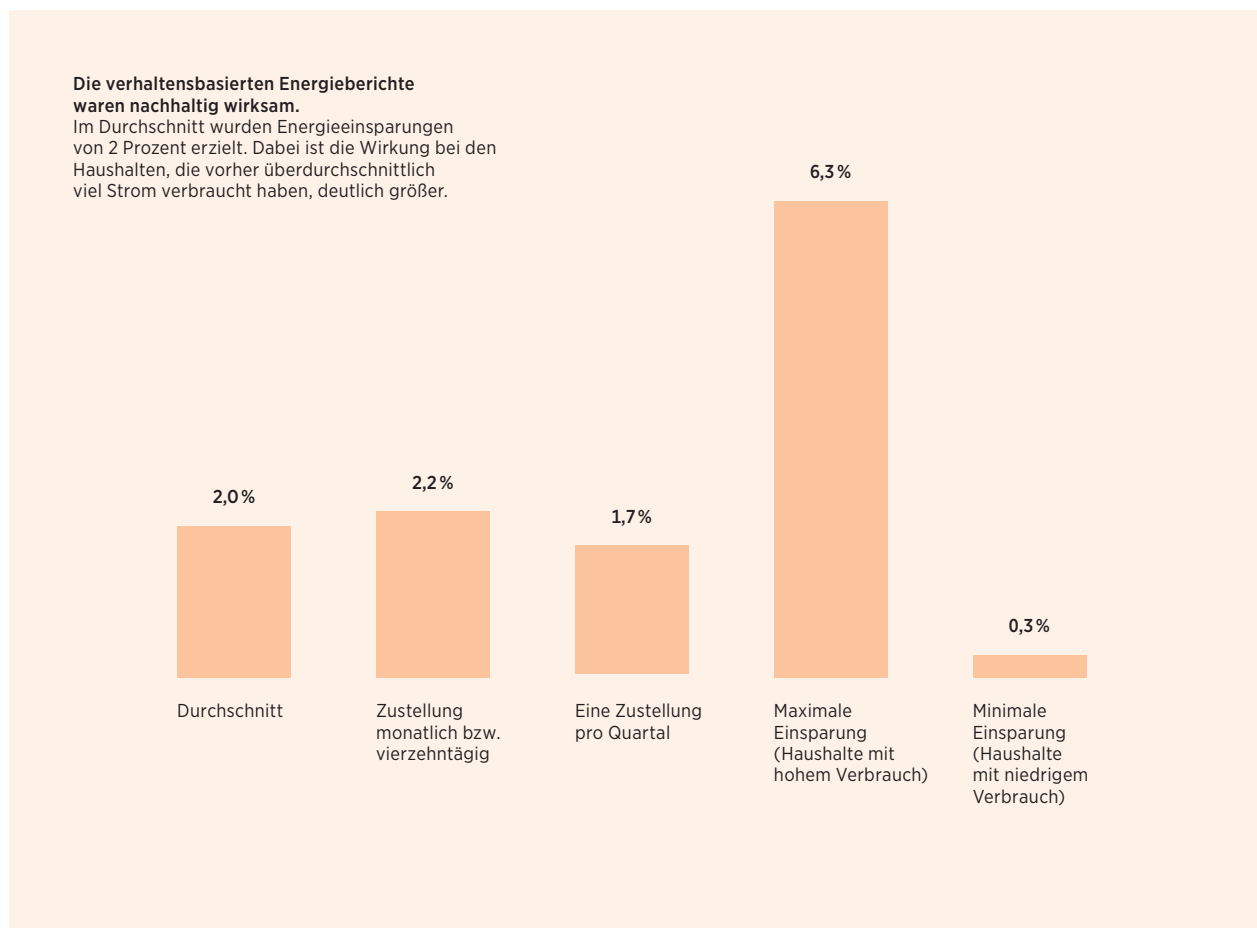
Arbeitsblatt 12: **Ökonomische Lösungen für die Energiekrise**

M 26: Vertiefung – Ein verhaltensökonomisches Feldexperiment zur Energieeinsparung

Führt die regelmäßige Zusendung von verhaltensbasierten Energieberichten zu Energieeinsparungen?

Ein Feldexperiment in den USA teilte 600.000 Haushalte in drei Versuchsgruppen und eine Kontrollgruppe ein. Die Gruppen erhielten in einem Zeitraum von 23 Monaten grafisch gut aufbereitete Energieberichte. Diese boten Informationen über den eigenen Energieverbrauch in Relation zum Verbrauch vergleichbarer Nachbarhaushalte. Dabei wurde der Ver-

brauch der Haushalte mit den drei Klassen großartig, gut und unterdurchschnittlich bewertet und in den ersten beiden Fällen mit Smileys belohnt. Zudem gab es individuell angepasste, einfache Energiespartipps und eine Schätzung der damit verbundenen Kostensenkung. Die drei Gruppen unterschieden sich danach, ob die Berichte alle zwei Wochen, monatlich oder nur einmal pro Quartal versendet wurden. Die Kontrollgruppe erhielt keine Energieberichte.











Quelle:
 Allcott, H. 2011. Social norms and energy conservation. Journal of Public Economics 95 (9 10): 1082-95.

Differenzierung I

Arbeitsblatt 13: Übersicht über das erste und zweite Entlastungspaket

M 15a: Ausgewählte Maßnahmen des ersten und zweiten Entlastungspakets

Bereits im Februar 2022 hatte die Ampelkoalition einige Entlastungen für Haushalte in Höhe von 13 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Am 19. beziehungsweise 20. Mai 2022 stimmten Bundestag und Bundesrat dem zweiten Maßnahmenpaket des Bundeskabinetts zu:

	Profiteur*innen	Nutzen
 <p>Entfall der EEG-Umlage Die EEG-Umlage, auch Ökostromumlage genannt, fällt ein halbes Jahr früher als vereinbart weg. Ein durchschnittlicher Vierpersonenhaushalt spart damit knapp 170 Euro/Jahr.</p>		
 <p>Kinderbonus Die Bundesregierung hat entschieden, dass jede Familie pro Kind eine zusätzliche Einmalzahlung von 100 Euro erhält.</p>		
 <p>Einmalzahlungen Empfänger*innen von Sozialleistungen erhalten eine einmalige Zahlung von 200 Euro. Empfänger*innen von Arbeitslosengeld 1 erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro.</p>		
 <p>9-Euro-Tickets Die Tickets für den ÖPNV fallen im Zeitraum vom 1. Juni 2022 bis 31. August 2022 auf 9 Euro. Ausgeschlossen sind IC- und ICE-Fahrten sowie in Ausnahmen hoch frequentierte Strecken.</p>		
 <p>Energiesteuer auf Kraftstoffe Die Energiesteuer auf Kraftstoffe wurde für drei Monate vom 1. Juni 2022 bis zum 31. August 2022 ausgesetzt. Für Benzin reduzierte sich der Energiesteuersatz um 29,55 Cent/Liter, für Dieselmotorkraftstoff um 14,04 Cent/Liter.</p>		
 <p>Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger*innen Beziehende von Wohngeld erhielten 270 Euro (bei einem Haushalt mit zwei Personen: 350 Euro, pro weiteres Familienmitglied zusätzliche 70 Euro), Azubis und Studierende im BAföG-Bezug 230 Euro.</p>		
 <p>Einmalige Energiepreispauschale Alle einkommensteuerpflichtigen Erwerbstätigen erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 300 Euro.</p>		
 <p>Entfernungspauschale Fernpendler*innen (ab dem 21. Kilometer) erhalten eine Pauschale von 38 Cent statt 30 bzw. 35 Cent/km. Damit werden die Aufwendungen für Wege zwischen Wohnung und erster Arbeitsstätte erhöht. Sie mindert die zu versteuernden Einkünfte.</p>		

Arbeitsaufträge

- 1. Erklären** Sie in Partnerarbeit mit eigenen Worten die Maßnahmen der ersten und zweiten Entlastungspakete der Bundesregierung. Korrigieren und ergänzen Sie sich gegebenenfalls gegenseitig.
- 2. Überprüfen** Sie, inwiefern die Maßnahmen der Bundesregierung den Bürger*innen zugutekommen, die als einkommensschwache Haushalte gelten. Unterscheiden Sie, ob die beschlossenen Maßnahmen eher einen kurzfristigen (einmaligen) Effekt haben oder auch mittel- oder langfristig angelegt sind.
- 3. Diskutieren** Sie anschließend, inwiefern das erste und zweite Entlastungspaket eine wirkliche Entlastung darstellen.

Differenzierung II

Arbeitsblatt 14: Inflation und Altersvorsorge

M 21a: Euphoriebremse

[...] Seit Wochen ist nur noch von Entlastungen die Rede. Die Armen müssten entlastet werden, heißt es, und die Mittelschicht und die Bäckereien und die Großindustrie und die Rentner und die Familien und die Studenten und die Facharbeiter. Also alle. Und in der Sekunde, in der die Regierung ein Entlastungspaket verabschiedet, folgt der Ruf nach dem nächsten. Fragt sich nur: Wenn alle entlastet werden, wer soll das dann bezahlen? Die Antwort darauf lautet: Wir lassen anschreiben. Wir nehmen Kredite auf und geben die Rechnung an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Zukunft weiter.

Rechtfertigen muss sich heute nicht, wer diesen schuldenfinanzierten Entlastungsreigen immer weiter fortsetzen will, rechtfertigen muss sich, wer im nächsten Jahr wieder die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einhalten möchte. [...] Schon seit drei Jahren greifen die Bundesregierungen, die alte und die jetzt amtierende, auf eine Klausel für »außergewöhnliche Notsituationen« zurück. Diese Notfallregel erlaubt Kredite in praktisch unbegrenzter Höhe. Die Corona-Pandemie war ein solcher Notfall, und der russische Überfall auf die Ukraine mit allen seinen Folgen ist es zweifellos auch. Trotzdem stellt sich die Frage, ob wir im kommenden Jahr nicht wieder zu den normalen Regeln der Schuldenbremse zurückkehren könnten. Vier Argumente sprechen dafür:

Erstens ist die Schuldenbremse gar nicht so starr, wie viele Leute glauben. In einer Rezession erlaubt sie es sehr wohl, angepasst an die Wirtschaftslage Kredite aufzunehmen. Sie lässt also einen Spielraum für Verschuldung, nur ist der eben nicht schrankenlos. Zweitens wären weniger Schulden nötig, wenn die Regierung in der aktuellen Krise nicht so verschwenderisch

wäre. Denn viele Entlastungen wie der Tankrabatt (Kosten: über drei Milliarden Euro) oder das 9-Euro-Ticket (2,5 Milliarden Euro) kamen auch Menschen zugute, die sie gar nicht nötig hatten. Auch der Plan, die Mehrwertsteuer auf Gas zu senken, wird Milliarden kosten und »entlastet« Niedriglöhner wie Millionäre. Ähnlich könnte es beim Gaspreisdeckel laufen. Statt sich auf die wirklich Notleidenden zu konzentrieren, gibt es eben Geld für alle. [...] Drittens gilt in dieser Krise: Wenn der Staat Kredite aufnimmt und das Geld dann breit verteilt, verschlimmert er die Lage womöglich. Denn das Geld sorgt für mehr Nachfrage und kann die irrwitzig gestiegenen Preise weiter nach oben treiben. [...] Finanziert neue Entlastungen über Kürzungen bei anderen Ausgaben oder über Steuern – aber besser nicht über Schulden. Viertens dürfte es in Zukunft schwerer fallen, die Schulden wieder abzutragen. Oft heißt es, nach der Finanzkrise habe sich gezeigt, wie leicht das gelinge. Doch heute liegen die Zinsen viel höher als damals, und die Zahl der Erwerbstätigen schrumpft wegen der Demografie – beides macht es schwerer, Wachstum zu generieren und Schulden zu tilgen.

Aus diesen Gründen ist es wichtig, genau zu prüfen, ob die Schuldenbremse gelockert werden soll. Um eines klarzustellen: Schulden sind nicht per se schlecht. Werden sie aufgenommen, um zu investieren oder um langfristige Schäden abzuwenden, sind sie sogar gut. Und es ist auch möglich, dass die Schuldenbremse im Verlauf dieser Krise ein weiteres Mal ausgesetzt werden muss. Aber dann bitte nach sorgfältiger Abwägung.

Quelle:
www.zeit.de/2022/40/schuldenbremse-entlastungspakete-inflation-bundesregierung
(Stand: 2.10.2022)

Arbeitsauftrag

- 1. Erklären** Sie mit eigenen Worten die Problematik bezüglich der Finanzierung der Entlastungspakete und bringen Sie Ihre Erkenntnisse in die Diskussion um die Vor- und Nachteile der Entlastungspakete ein.

Bushaltestelle (Treffpunkt)



Anhang: Erwartungshorizont

Arbeitsblatt 1: Hilfe, die Inflation ist da

Antizipierte Antworten von Schüler*innen:

Zu Aufgabe 1:

Zur Sprache kommen hier Verbraucher*innen und Vertreter*innen von energieintensiven Unternehmen, die in besonderer Weise von der Inflation betroffen sind. Allen gemeinsam ist die existenzielle Bedrohung, der sie durch die Teuerung ausgesetzt sind. Sie stehen stellvertretend für viele Betroffene, und im Fall der Unternehmen wird ebenfalls deutlich, dass dort unmittelbar auch Arbeitsplätze bedroht sind: im betroffenen Unternehmen sowie in anderen Branchen der Lieferkette des Unternehmens, die ohne die Produkte und Dienstleistungen selbst in Schwierigkeiten geraten werden.

Zu Aufgabe 2:

Im Wesentlichen können zwei Akteur*innen auf die aktuelle Inflation einwirken, die Europäische Zentralbank, deren Aufgabe es ist, Geldwertstabilität zu gewährleisten, und der Staat, der in politischer und ökonomischer Hinsicht die Folgen der Inflation abfedern kann. In beiden Fällen ist angesichts der Lage Eile geboten.

Zu Aufgabe 3:

Gelingensbedingungen möglicher Entlastungspakete:

- Bedarfsgerechtigkeit (Vermeidung des Gießkannenprinzips)
- Zielorientierung und Wirksamkeit
- Finanzierungskonzept und verbindliche Strategie zur Rückzahlung der Kosten

Arbeitsblatt 2: Die EZB als Hüterin des Euro

Zu Aufgabe 1:

Seit 2021 ist die Inflationsrate von knapp ein Prozent auf aktuell fast 8 Prozent gestiegen. Eine so hohe Inflation hat es der Statistik nach mindestens die letzten 20 Jahre nicht gegeben. Je nach Kenntnisstand können hier Kaufkraft- und Wohlstandsverluste von den SuS angeführt werden. Auch ein Rückgang der Sparneigung kann genannt werden, weil bei vielen Bürger*innen Ersparnisse zur Bewältigung des Alltags angezapft werden müssen.

Zu Aufgabe 2:

Die Europäische Zentralbank hat ihren Sitz in Frankfurt am Main, Präsidentin ist die Französin Christine Lagarde.

Ziel der EZB:

- In Artikel 127, Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEU-Vertrag) ist das Ziel der EZB genau definiert: »Das vorrangige Ziel des Europäischen Systems der Zentralbanken ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten.«

Aufgaben der EZB:

- Die wichtigste Aufgabe der EZB ist es, das Vertrauen in den Euro als Währung aufrechtzuerhalten, indem sie die Geldmenge kontrolliert, die in der Wirtschaft zirkuliert, um die durchschnittlichen Preise für Waren und Dienstleistungen stabil zu halten.
- Das primäre Mandat der Europäischen Zentralbank ist es, »Preisstabilität« zu gewährleisten. Im Großen und Ganzen bedeutet dies, dass die Zentralbank dafür verantwortlich ist, dass die Menschen und Unternehmen der Währung vertrauen.
- Bei der Umsetzung ihrer Aufgaben arbeitet die EZB unabhängig, sie wird von keiner anderen politischen Institution beeinflusst.

Aufbau:

Der EZB-Rat:

- Das Rotationsystem regelt, wie den Mitgliedern des EZB-Rats die Stimmrechte zugeteilt werden. Der EZB-Rat ist das oberste Beschlussorgan der Europäischen Zentralbank (EZB). Er ist für die Festlegung der Leitzinssätze und die Umsetzung der Geldpolitik verantwortlich. Er umfasst die sechs Mitglieder des Direktoriums und die Präsident*innen der nationalen Zentralbanken der 20 Mitgliedstaaten des Euroraums.

Erweiterter EZB-Rat:

- Der Erweiterter Rat der EZB besteht aus dem Präsidenten und der Vizepräsidentin bzw. dem Vizepräsidenten der EZB sowie den Präsident*innen der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten. Mit anderen Worten: Der Erweiterter Rat umfasst Vertreter*innen aller Länder des Euroraums sowie aller EU-Länder, die den Euro noch nicht eingeführt haben.

Arbeitsblatt 3: Leitzinspolitik als zentrales geldpolitisches Instrumentarium der EZB

Zu Aufgabe 1a:

Der Leitzins (die Kosten für die Kreditaufnahme) nahm seit Mai 2013 kontinuierlich ab, ehe er im März 2016 bei 0 Prozent lag und damit Geldaufnahme der Privat- und Geschäftsbanken bei den Zentralbanken der Länder quasi zinsfrei war. Die Inflation lag in dieser Zeit mit zwischen 0 und 1 Prozent sehr niedrig. Ende 2021 stieg die Inflation aus unterschiedlichen Gründen an und erreichte Ende 2022 einen Wert von fast 8 Prozent. Der Leitzins wurde von der EZB erstmals nach sechs Jahren am 27. Juli 2022 um 0,5 Basispunkte erhöht und lag fünf Monate später am 21. Dezember 2022 bei 2,5 Prozent.

Zu Aufgabe 1b:

Mögliches Tafelbild: Was Veränderungen der Leitzinsen bewirken...

Senkung des Leitzinses	Entscheidung der EZB/Aspekte	Erhöhung des Leitzinses
sinken	Zinsen für Kunden	steigen
steigt	Kreditnachfrage von Unternehmen und Haushalten	sinkt
steigt	Investitions- und Konsumgüter-nachfragen im Inland	sinkt
steigen	Preise (Preisniveau)	sinken
günstiger	Refinanzierung der Banken	teurer
steigt	Geldmenge im Wirtschaftskreislauf	fällt

Zu Aufgabe 2:

Argumentation von Marcel Fratzscher:

Die Leitzinspolitik wirke sich nur mit einer zeitlichen Verzögerung (9-12 Monate) auf die Geldmenge aus. Die gegenwärtige Inflation entziehe sich aber der Steuerung durch den Leitzins, weil sie überwiegend angebots-induziert sei (importierte Inflation). Der Leitzins könne eher die Nachfrage beeinflussen. Anders als in den USA, wo enorme Corona-Programme vom Staat verabschiedet wurden und die Inflation zu 70 Prozent durch die Nachfrage getrieben werde, seien die Inflationsursachen in Deutschland zu 70-80 Prozent einer importierten Inflation geschuldet.

Argumentation von Wieland:

Die Zinspolitik der EZB sei alles andere als machtlos, weil Inflation immer ein monetäres (geldspezifisches) Problem sei. Die Inflationsursachen seien zweitrangig, weil sie immer ein Kaufkraftverlust darstelle, welche die EZB aber beeinflussen könne. Mit dem Leitzins habe die EZB einen starken Hebel, die Inflation zu beeinflussen.

Arbeitsblatt 4: Das Anleihenkaufprogramm als ein zentrales geldpolitisches Instrumentarium der EZB

Zu Aufgabe 1:

Anders als heute war die volkswirtschaftliche Situation 2015 von einer sehr geringen Inflation mit Tendenz zur Deflation (sinkende Verbraucherpreise) geprägt, die prognostizierten Wachstumsprognosen wurden reduziert und lagen bei etwa 1 Prozent.

Zu Aufgabe 2:

Die EZB kauft über ihre Zentralbanken (Sekundärmarkt) Staatsanleihen ↘ Die Geldmenge und Liquidität im Euroraum steigen, weil das Geld zinsgünstig erworben werden kann ↘ Dadurch steigt jedoch auch die Staatsverschuldung ↘ Durch den geringen Leitzins vergünstigen sich ebenfalls die privaten Kredite ↘ Dadurch steigen Investitionen und der Konsum ↘ Die Preise steigen (Verteuerung = Inflation) – Mit der Pandemie stieg der Geldbedarf an.

Zu Aufgabe 3:

Individuelle Schüler*innenantworten

Es sollte in der Diskussion deutlich werden, dass sich die volkswirtschaftliche Situation sieben Jahre nach Beginn der Anleihenkaufprogramme (Quantitative Easing) 2015 auf 2022 in einem völlig anderen Gewand zeigt, wodurch die EZB ihre Geldpolitik anpassen musste (geldpolitische Wende).

Arbeitsblatt 5: Wie kann der Staat die Inflation sinnvoll bekämpfen?

Antizipierte Schüler*innenantworten

Zu Aufgabe 1:

Die EZB und der Nationalstaat können auf die aktuelle Inflationssituation nur eingeschränkt und indirekt Einfluss nehmen, da die spezifischen Ursachen (Lieferkettenproblematik, Ukraine-Krieg etc.) nicht im geldwirtschaftlichen und politischen Einflussbereich der Akteur*innen liegen. Die politischen Maßnahmen wirken, sofern beschlossen, in der Regel kurzfristig, oft aber auch nur einmalig. Das geldpolitische Instrumentarium beeinflusst die Geldmenge im Euroraum durch den Leitzins und den Stopp der Anleihenprogrammkäufe nur mittelfristig, mit einer zeitlichen Verzögerung von mindestens einem halben Jahr.

Zu Aufgabe 2:

Aus den zuvor genannten Gründen hat der Staat Entlastungspakete geschnürt, die die finanzielle Notsituationen der privaten Haushalte und Unternehmen kurzfristig, zielorientiert und bedarfsgerecht abfedern sollen. Der Bundeskanzler spricht in diesem Zusammenhang in Anlehnung an die Corona-Hilfen, die er als »Wumms« bezeichnet hatte, von einem Doppelwumms, da der Umfang der Hilfen mit rund 200 Mrd. Euro um einiges höher ist als die Hilfspakete, welche in der Corona-Pandemie verabschiedet wurden. Die Entlastungspakete sind die einzige Einflussnahme, die der Staat kurzfristig zur Verfügung stellen kann.

Zu Aufgabe 3:

Gelingensbedingungen möglicher Entlastungspakete:

- Bedarfsgerechtigkeit (Vermeidung des Gießkannenprinzips)
- Zielorientierung und Wirksamkeit
- Finanzierungskonzept und verbindliche Strategie zur Rückzahlung der Kosten

Arbeitsblatt 6: Entlastungspakete auf dem Prüfstand

Antizipierte Antworten von Schüler*innen

Zu Aufgabe 1: Karikatur-Analyse

Aspekte der Beschreibung:

- Grundlage eine Karikatur inklusive Überschrift, Unterschrift, Quelle
- Zwei Männer, die sich unterhalten (Sprechblase), einer trägt einen Stock, der andere einen Karton/ein Paket, welcher/s in der Luft schwebt und von ihm in Form eines Fadens gehalten wird

Aspekte der Interpretation:

- Zwei Männer, die Rentner repräsentieren, unter anderem zu erkennen an der Bildunterschrift, dem Gehstock und weiteren stereotypen Alterserscheinungen
- Unterschrift »Rentner in Euphorie« als rhetorisches Mittel der Ironie, welches durch den Redebeitrag (... meinen Anteil vom »wichtigen Entlastungspaket«) sowie durch die Darstellung des Paketes, das wie ein Ballon in der Luft schwebt, verstärkt wird. Das Bild suggeriert, dass in dem Paket eher (heiße) Luft beziehungsweise kein wichtiger Inhalt verpackt ist.



Mögliche Kernaussage des Karikaturisten:

- Rentner*innen sind gegebenenfalls als Vertreter*innen weiterer Geringverdiener*innen zu wenig in den Entlastungspaketen bedacht worden.
- Es stellt sich darauf aufbauend auch die Frage, wer von den Entlastungspaketen (am meisten) profitiert?

Arbeitsblatt 7: Entlastungspaket auf dem Prüfstand

Antizipierte Antworten von Schüler*innen:

Zu Aufgabe 2 und 3:

	Ausgewählte Maßnahmen	Profiteur*innen	Nutzen
	<p>Energiepauschale für Rentner*innen Die Energiepauschale dient ausschließlich zur Entlastung für Rentner*innen und Student*innen. Erstere erhalten eine Energiepauschale von 300 Euro, Letztere von 200 Euro.</p>	Rentner*innen Student*innen	einmalig/ kurzfristig
	<p>Erhöhung des Kindergeldes Die Bundesregierung hat entschieden, das Kindergeld für die ersten beiden Kinder jeweils um 18 Euro monatlich anzuheben. Das entspricht einer jährlichen Erhöhung des Kindergeldes von 216 Euro.</p>	Familien	langfristig
	<p>Inflationsprämie für Arbeitnehmer*innen Die Preise für die Lebenshaltung steigen, weshalb Arbeitgeber*innen einmalig einen Bonus von bis zu 3.000 Euro steuer- und sozialversicherungs-frei an Arbeitnehmer*innen als Inflationsprämie auszahlen dürfen.</p>	Arbeitnehmer*innen mit Bonuszahlungen	einmalig/ kurzfristig
	<p>Nachfolger des 9-Euro-Tickets Das 9-Euro-Ticket wurde als Erfolg bewertet, weswegen die Bundesregierung einen Nachfolger dieses Tickets eingeführt hat (Ticketpreis 49 Euro).</p>	grundsätzlich alle Akteur*innen, die sich das Ticket leisten wollen/können	zeitlich begrenzt?
	<p>Dauerhafte Homeoffice-Pauschale Die Homeoffice-Pauschale endet nicht Ende 2022, sondern ist nun unbefristet. Somit können alle, die im Homeoffice arbeiten, 5 Euro/Tag und maximal 600 Euro/Jahr steuerlich geltend machen.</p>	Arbeitnehmer*innen mit Option auf Homeoffice	dauerhaft
	<p>Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger*innen* Bürger*innen, die Wohngeld beziehen, sollen zusätzlich bei den Heizkosten entlastet werden. Daher werden einmalig 415 Euro (für Alleinlebende) oder 510 Euro (für einen Zweipersonenhaushalt) ausgezahlt, für jede weitere Person 100 Euro.</p>	Wohngeld- empfänger*innen	einmalig/ kurzfristig
	<p>Strom- und Gaspreisdeckel für den Basisverbrauch Der Strompreis für den Basisstromverbrauch soll gedeckelt werden. Man orientiert sich dabei am durchschnittlichen Stromverbrauch der unterschiedlichen Haushaltsgrößen. Genaue Details sind noch nicht ausgehandelt.</p>	alle privaten Haushalte mit Gas- und oder Stromanschluss	mittelfristig, zeitlich begrenzt

Abbildungen: www.istockphoto.com – AlonzoDesign, -VICTOR-, M-Vector, ArnaPhoto

Zu Aufgabe 4:

Hier sollte noch einmal betont werden, dass anders als in der Corona-Pandemie bisher keine beziehungsweise kaum schnelle und wirkungsvolle Hilfen für Unternehmen vorgesehen sind, obwohl sie Arbeitsplätze bieten, Innovationen vorantreiben, Infrastruktur prägen und Gewerbesteuern zahlen.

Arbeitsblatt 8: Das dritte Entlastungspaket in der Diskussion

Antizipierte Antworten von Schüler*innen:

Zu Aufgabe 1: siehe Synopse**Vorteile**

Existenz des Entlastungspaketes
(vor dem Hintergrund von drei Koalitionspartnern
in der Bundesregierung)

Umfang (65 Mrd. Euro)

breit angelegte Hilfe für viele Bürger*innen (Stu-
dent*innen, Rentner*innen, Arbeitnehmer*innen etc.)
↳ Entlastung der Geringverdiener*innen

Nachteile

ungeklärte Finanzierung (Haushalt bereits verab-
schiedet ↳ Beteiligung der Länder zustimmungs-
pflichtig; Sondervermögen?)

Besserverdienende (die oberen 20 Prozent) erhalten
mehr finanzielle Hilfen als Geringverdiener*innen.

zu dem Zeitpunkt noch keine Gaspreisbremse

Einmalzahlungen zu kurzfristig und
keine nachhaltige Hilfe

Nachfolgeticket des 9-Euro-Tickets keine Ent-
lastung für alle, sondern für die, die sich die Kosten
leisten können (Verbesserungsvorschlag
↳ Hinweis auf Spanien)

Zu Aufgabe 2:

Individuelle Antworten von Schüler*innen

Zu Aufgabe 3:

Individuelle Antworten von Schüler*innen

Arbeitsblatt 9: Die Gaspreisbremse**Zu Aufgabe 1:**

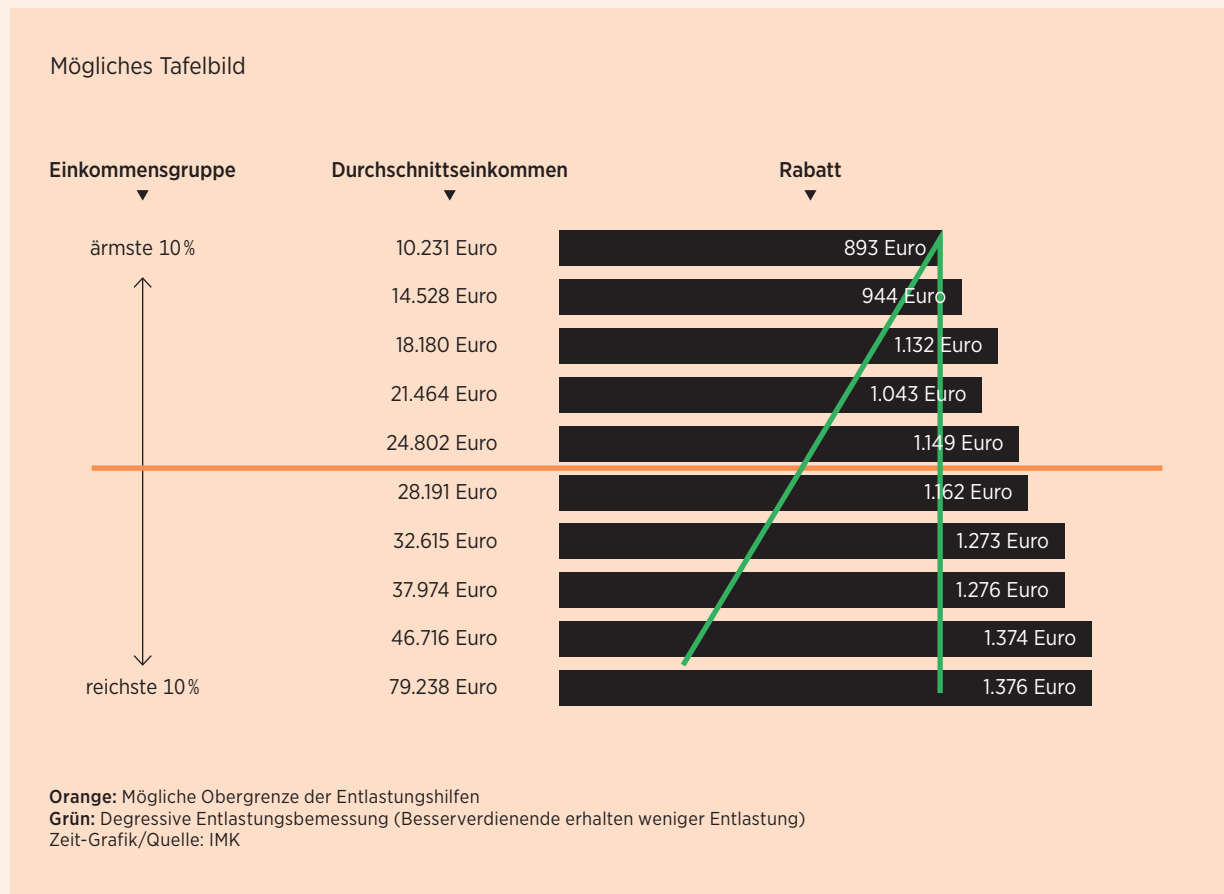
Die Energiekosten eines Haushaltes mit einem gleichbleibenden Jahresverbrauch von 20.000 kWh betragen
im Jahr 2021 2.186,67 Euro und im Jahr 2022 vermutlich 4.826,67 Euro. Daraus ergibt sich eine Mehrbelastung von
2.640 Euro allein durch die steigenden Gaspreise.

Zu Aufgabe 2:

Den größten Kostenfaktor für private Haushalte stellen nach Berechnungen der Wissenschaft in Zeiten der
Inflation die Energiekosten dar. Mit kurzfristigen Hilfen (Übernahme der Abschlagszahlung im Dezember) und
einer darauf folgenden Energiepreisdeckelung erhalten die privaten Haushalte eine wirkungsvolle Unterstützung.
Zudem wird mit der Deckelung von 80 Prozent des Privatverbrauches auf das ökonomische Instrument der
Anreize gesetzt, Gebote und Verbote wurden somit vermieden. Auf diese Weise sind alle Verbraucher*innen
angehalten, Energie aus Kostengründen einzusparen.

Zu Aufgabe 3:

Individuelle Antworten von Schüler*innen



Quelle:
www.zeit.de/2022/42/gaspreisbremse-entlastung-verbraucher-ungleichheit
 (Stand: 06.10.2022)

Alternative Vorschläge zu Bemessung der Staatshilfen:

Option 1: Orange: mögliche Obergrenze der Entlastungshilfen

Option 2: Grün: degressive Entlastungsbemessung (Besserverdienende erhalten weniger Entlastung)

Option 3: individuelle Schüler*innenantworten

Arbeitsblatt 10: Ökonomische Lösungen für die Energiekrise

Zu Aufgabe 1:

Die Gaspreisbremse ist eine zentrale Maßnahme zur Bekämpfung der Inflationsfolgen für die Wirtschaftsakteur*innen. Ziel ist es, Verbraucher*innen und Unternehmer*innen angesichts der hohen Energiepreise finanziell zu entlasten. Ein weiteres Ziel ist die Versorgungssicherheit. Mit marktconformen Anreizsystemen versucht die aktuelle Bundesregierung, diese Ziele abseits von Ge- und Verboten zu erreichen.

Zu Aufgabe 2:

Das Problem einer schuldenfinanzierten Interventionspolitik liegt in der enormen Geldmengenerhöhung, womit die Wirtschaft über Sondervermögen (= Schulden) geflutet wird. Denn wenn mehr Geld für eine beschränkte Menge an Gas auf dem Markt vorhanden ist, erhöhen sich die Preise zusätzlich, und damit auch die Inflation. Aus diesem Grund sind marktconforme Anreize zur Erreichung der Ziele (Energie- und Versorgungssicherheit sowie Entlastung der Haushalte und Unternehmen) von großer Bedeutung.

Zu Aufgabe 3:

Das Instrumentarium der Wirtschaftspolitik beinhaltet zahlreiche Instrumente zur Prozess-, Ordnungs- und Strukturpolitik (siehe M 23). Relevant ist vor dem Hintergrund der Abfederung der Inflationsfolgen die Prozesspolitik, also der Eingriff des Staates in den Wirtschaftsprozess. Hier kann man auch auf ordnungspolitische Instrumente wie Gebote und Verbote zurückgreifen, die im Vergleich einen harten Eingriff darstellen. Marktwirtschaftliche Instrumente wie Anreize und Subventionen (Energie – bzw. Gaspreisdeckel) helfen, die Belastungen der Inflation abzufedern. Eher sanfte und weniger effektive Instrumente sind verhaltensorientierte Ansätze wie Appelle, Nudges oder Selbstverpflichtungen.

Zu Aufgabe 4:

Individuelle Schülerantworten

Hinweis zur Diskussion um Nudging: Die Verhaltensökonomie und ihre praktischen Implikationen geraten immer stärker in den Fokus auch der deutschen Politik. Individuelle Entscheidungen sollen im Sinne eines »libertären Paternalismus« »sanft« beeinflusst werden. Die »Nudges« bestehen in Standardvorgaben, Selbstbindungen und der Informationsbereitstellung. Deren Anwendung setzt allerdings die Klärung einiger Fragen voraus: Wer darf sich anmaßen, für die Wirtschaftssubjekte »kluge« Entscheidungen zu treffen?

Arbeitsblatt 11: Kategorien ökonomischer Anreizstrukturen

Zu Aufgabe 1:

Die Gaspreisbremse kann den marktwirtschaftlichen Instrumenten zugeordnet werden. Sie stellt eine Subvention und Anreizwirkung dar.

Zu Aufgabe 2:

Individuelle Antworten

Die Antworten sollten aspektgeleitet erfolgen und Bezug zur ökonomischen Effizienz, der politischen Treffsicherheit und der Praxistauglichkeit aufweisen. Sie stellt in jedem Fall eine weitere Gefahr zu Inflationssteigerung dar, siehe AB 10, Aufgabe 2.

Zu Aufgabe 3:

Individuelle Antworten

IMPRESSUM

Im Auftrag von

DIE ZEIT

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG
Helmut-Schmidt-Haus
Buceriusstraße/Eingang Speersort 1
20095 Hamburg
© 2023

Redaktionelle Produktion

Studio ZX GmbH -
Ein Unternehmen der ZEIT Verlagsgruppe
Helmut-Schmidt-Haus,
Buceriusstraße/Eingang Speersort 1
20095 Hamburg

Projektleitung

Franziska Sachs

Redaktion

Janosch Schierke

Grafik

Andreas Stahl